

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zu den Fraktionsberichten

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder
(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)**

(2670 d.B.)

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der ÖVP

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder
(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)**

(2670 d.B.)

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA (Hervorhebungen jeweils im Original)**1. René Benko**

René Benko erstattete zu den Textteilen

S. 5-6

S. 17

folgende Stellungnahme:

„Inhaltlich erfolgen keine Anmerkungen.

Der guten Ordnung halber wird angemerkt, dass die Historie betreffend die Terminfindung nicht richtig bzw vollständig wiedergeben wird.“

2. COVID-19-Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)

Mag. Marc Schimpel, MBA erstattete als Geschäftsführer der COFAG zu den Textteilen

S. 9

folgende Stellungnahme:

„Die im o.a. Textteil dargestellte Schilderung entspricht nicht dem tatsächlichen Sachverhalt. Es handelte sich dabei nicht um eine – diskretionäre – Rechtsauslegung der COFAG, sondern um eine Rechtsauslegung und Vorgabe des Bundesministeriums für Finanzen.

Für die erste Zuschussmaßnahme, den Fixkostenzuschuss I, wurde in der bezugnehmenden Verordnung, die Konzernbetrachtung (also die Einbeziehung der verbundenen Unternehmen) festgelegt.

Ab den Maßnahmen des Umsatzersatzes sowie des FKZ 800.00 wurde in den bezugnehmenden Verordnungen nicht die Konzernbetrachtung vorgegeben. Die Verordnungen geben vielmehr explizit die Betrachtung aus der Perspektive der jeweiligen Einzelgesellschaft vor.

Auch der Bundesminister für Finanzen gibt dies in einem Auftrag des Bundesministers für Finanzen vom 25.02.2021 ausdrücklich vor: „Die Verordnungen lassen Zuschüsse bis zu Maximalbeträgen pro Unternehmen zu (eine Konzernbetrachtung ist nur beim Fixkostenzuschuss 1 für die Berechnung von hohen Maximalbeträgen vorgesehen)“.

Auch die Aussagen der in die Verordnungserstellung involvierten Auskunftsperson des BMF bestätigen, dass das BMF in den Zuschussverordnungen nach dem Fixkostenzuschuss I bewusst von der

Konzernbetrachtung Abstand genommen hat.“

3. Dr. Alfred Gusenbauer:

Dr. Alfred Gusenbauer erstattete zu den Textteilen

S. 21-22

folgende Stellungnahme:

„Auf Seite 21 des Berichts der ÖVP-Fraktion im COFAG Untersuchungsausschuss (der „**Bericht**“) nimmt dieser Bezug auf ein Interview Hans-Peter Haselsteiners in der ZIB 2 vom 24. Januar 2024 über die „Signa Insolvenz“. Der Entwurf referiert die Passage dieses Interviews zu den Honoraren der Berater der Signa Gruppe unvollständig: Hans-Peter Haselsteiner: *„Ich glaube, dass es durchaus denkbar ist und auch nicht vollkommen unüblich, dass Aufsichtsräte, wenn sie besondere Aufgaben übernehmen, auch Honorare stellen dürfen. Dass diese Honorare in einer erstaunlichen Größenordnung angefallen sind, habe ich zur Kenntnis genommen, so wie Sie. Ich werde mit dem Dr Gusenbauer noch einmal darüber reden, bei Gelegenheit. Ich gehe davon aus, dass es seine Ordnungsgemäßheit hat.“*

Auf Seite 22 zitiert der Bericht ein Schreiben vom 18. September 2023 (Mail), das ich

an Mag Helmut Ettl, Mitglied des Vorstandes der FMA adressierte. Das Zitat ist unvollständig.:

Bericht: *„Wir bitten Dich um Unterstützung bei der Aufklärung der Sachlage und stehen jederzeit für Gespräche zur Verfügung.“*

Schreiben vom 18. September 2023: *„Uns ist daher das Ziel der Vorgangsweise der EZB nicht erklärlich und wir bitten Dich um Unterstützung bei der Aufklärung der Sachlage und stehen jederzeit für Gespräche – auch mit Vertretern der EZB – zur Verfügung.“*

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der SPÖ

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder**

(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)

(2670 d.B.)

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA (Hervorhebungen jeweils im Original)**1. René Benko**

René Benko erstattete zu den Textteilen

S. 2-3

S. 8-10

S. 18-25

folgende Stellungnahme:

„Die Darstellungen im Fraktionsbericht der SPÖ sind in weiten Bereichen unrichtig und stehen wiederholt mit dem Akteninhalt in Widerspruch. Von der Darstellung abweichende Beweisergebnisse werden entweder gar nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Aufgrund von laufenden Ermittlungsverfahren ist es dem Einschreiter nicht möglich, zu den Ausführungen im Fraktionsbericht der SPÖ im Detail Stellung zu nehmen. Aus dem Unterbleiben einer Stellungnahme können jedoch keine wie immer gearteten rechtlichen oder sachverhaltsmäßigen Rückschlüsse gezogen werden.“

2. Grant Thornton Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung GmbH

Die Grant Thornton Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung GmbH erstattete zu den Textteilen

S. 9

folgende Stellungnahme:

„Die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH verwehrt sich gegen jeglichen Vorwurf einer parteipolitischen Nähe oder einer damit begründeten Beauftragung von Prüfungsdienstleistungen der COFAG. Es gab dazu keinerlei Gespräche oder Verbindungen zu politischen Parteien oder deren Interessen.

Die Beauftragung erfolgte im Mai und im Oktober 2021 an die Bestbieter, zu denen auch der Wirtschaftsprüfungsbetrieb der Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (damals Teilbetrieb der Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH) gehörte, im Zuge zweier öffentlicher Vergabeverfahren. Weder die Geschäftsführung noch die Mitarbeiter standen in diesen Zeiträumen in persönlichem oder wirtschaftlichem Kontakt zu Herrn Zafoschnig.

Über den Eintritt des Herrn Zafoschnig in die COFAG, welcher erst über ein Jahr später im Juni 2022 erfolgte, erhielten wir Kenntnis aus den Medien bzw. informierte uns die COFAG in der Folge als

Vertragspartnerin darüber. Als ehemaliger Landesrat des Bundeslandes Kärnten, Funktionär und Vorstand von Landesfirmen war uns Herr Zafoschnig logischerweise bekannt. Jegliche Behauptungen, die jedoch auf eine parteipolitische Beeinflussung hinweisen, sind eine Unterstellung und mangels der zeitlichen Komponente der Beauftragung des COFAG Auftrages vollkommen haltlos und entbehren jeder Grundlage.

Die Genese des mehr als 25 Jahre bestehenden Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbetriebes (FN 110188t) kann dem Firmenbuch entnommen werden. Die in den letzten drei Jahren erfolgten Umgründungsvorgänge und die Gesamtrechtsnachfolge sowie die zeitliche Abfolge der Beauftragung durch die COFAG werden im Folgenden dargelegt:

Im Mai 2021 bewarb sich die Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens bei der COFAG um die ausgeschriebene „Rahmenvereinbarung betreffend diverse Prüfleistungen von COFAG-Produkten 2021“.

Mit Auftragsschreiben vom 19. Mai 2021 der Eisenberger & Herzog Rechtsanwälts GmbH erhielt die Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH die Mitteilung über den Zuschlag zu ihrem Angebot vom 3. Mai 2021.

Auf Grundlage und zu den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung erfolgten seitens der COFAG ab dem 1. Juni 2021 Abrufe der vereinbarten Prüfungsdienstleistungen.

Wegen einer von Seiten der COFAG erforderlichen Aufstockung der Budgetmittel, betreffend die zugekauften Prüfungsdienstleistungen, führte die Eisenberger & Herzog Rechtsanwälts GmbH Ende August 2021 eine Neuausschreibung der bestehenden Rahmenvereinbarung durch. Damit einhergehend wurden alle Vertragspartner eingeladen, am neuen für alle offenen Vergabeverfahren teilzunehmen.

In diesem nachgelagerten Vergabeverfahren wurde der Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH zu ihrem Anbot vom 23. September 2021 der Zuschlag erteilt und mit 14. Oktober 2021 die „Rahmenvereinbarung betreffend diverser Prüfleistungen von COFAG-Produkten Oktober 2021“ abgeschlossen. Gleichzeitig damit wurde die ursprüngliche Rahmenvereinbarung vom 19. Mai 2021 außer Kraft gesetzt.

Die vereinbarten Prüfungsdienstleistungen rief die COFAG nach ihrem Bedarf ab Juni 2021 bzw. auf Grundlage der neuen Rahmenvereinbarung ab 19. Oktober 2021 monatlich und in weiterer Folge quartalsweise ab.

Mit Firmenbucheintragung vom 01. Oktober 2021 wurde rückwirkend zum 01. Jänner 2021 der Teilbetrieb Steuerberatung von der Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH (FN 110188t) in eine neue GmbH (FN 565921m) abgespalten.

In der ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 110188t) verblieb der gesamte Wirtschaftsprüfungsbetrieb mit den mehr als 100 Prüfmandaten, worunter sich auch die Zuschlagserteilung zur neuen Rahmenvereinbarung sowie die aufrechte „Rahmenvereinbarung betreffend diverse Prüfleistungen von COFAG-Produkten 2021“ befand.

Am 09. Februar 2022 erfolgte eine Umfirmierung der ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH in Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH.

Im Zuge eines Umgründungsplans in mehreren gleichzeitigen Schritten wurde der Wirtschaftsprüfungsbetrieb der Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 110188t) mittels Notariatsakt vom 09. Juni 2022 rückwirkend zum 30. September 2021 in die Grant Thornton Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung GmbH & CO KG umgewandelt und gleichzeitig die Kommanditbeteiligung in die mit 27. April 2022 neu gegründete Komplementär-GmbH, die GTK-Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 580703a), eingebracht. Als Gesamtrechtsnachfolgerin führte diese den gesamten bestehenden Wirtschaftsprüfungsbetrieb ununterbrochen weiter und wurde in die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH umfirmiert.

Die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 580703a) betrieb somit auch nach der Umgründung denselben Wirtschaftsprüfungsbetrieb unverändert mit dem identen Personal, Mandantenstock und Auftragsbestand am bisherigen Standort in Klagenfurt am Wörthersee weiter, womit die „Rahmenvereinbarung betreffend diverser Prüfungsleistungen von COFAG-Produkten Oktober 2021 nahtlos weitergeführt, der Ressourcenbedarf laufend bis Juli 2024 abgerufen und von der Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH im Rahmen der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen abgearbeitet wurde.

Der gesamte Prozess der Umgründung und Umfirmierung steht in keinerlei Verbindung mit der Beauftragung durch die COFAG. Es gibt weder eine nachvollziehbare noch eine sachliche Grundlage, diese beiden Sachverhalte in einen kausalen Zusammenhang zu stellen.“

3. ÖBAG

Die ÖBAG erstattete zu den Textteilen

S. 32

folgende Stellungnahme:

„Die ÖBAG teilt die im Bericht dargestellten Ausführungen der Berichtsverfasser nicht. Vielmehr hat sich die Struktur der ÖBAG in der Vergangenheit als sinnvoll, kostensparend und effizient erwiesen. Hinzu kommt, dass sich der Erfolg der ÖBAG und deren Beteiligungen aus den positiven wirtschaftlichen Kennzahlen der letzten Jahre ableiten lässt.“

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der FPÖ

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder
(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)**

(2670 d.B.)

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA (Hervorhebungen jeweils im Original)**1. René Benko**

René Benko erstattete zu den Textteilen

S. 30-31

S. 45-70

S. 75

S. 78

folgende Stellungnahme:

„Die Darstellungen im Fraktionsbericht der FPÖ sind in weiten Bereichen unrichtig und stehen wiederholt mit dem Akteninhalt in Widerspruch. Von der Darstellung abweichende Beweisergebnisse werden entweder gar nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Aufgrund von laufenden Ermittlungsverfahren ist es dem Einschreiter nicht möglich, zu den Ausführungen im Fraktionsbericht der FPÖ im Detail Stellung zu nehmen. Aus dem Unterbleiben einer Stellungnahme können jedoch keine wie immer gearteten rechtlichen oder sachverhaltsmäßigen Rückschlüsse gezogen werden.“

2. Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG)

Mag. Martin Hübner erstattete im Auftrag der BIG zu den Textteilen

S. 61-62

S. 63-64

folgende Stellungnahme:

„1. zu Seite 61:

Zitat:

Besonders pikant ist, dass der Baurechtszins zusätzlich mit einer an den Verbraucherpreisindex gebunden ungedeckelten Wertsicherungsklausel versehen ist. Folglich steigt der Mietzins über die 99 Jahre noch stark an; diese Kondition ist absolut marktunüblich.

Stellungnahme:

Aus der Bestimmung des § 3 (2) Baurechtsgesetz heraus ist die Vereinbarung von an den VPI gebundenen Wertsicherungsklauseln ausdrücklich vorgesehen. Die Vereinbarung derartiger Wertsicherungsklauseln in Baurechtsverträgen ist in diesem Sinne alleine marktüblich und wird daher regelmäßig auch dort angewandt, wo die Republik Österreich selbst Baurechtsgeberin ist. Der Fraktionsbericht bleibt dem gegenüber jegliche argumentative Begründung schuldig, warum die im Baurechtsgesetz enthaltene gesetzliche Anordnung bezüglich Wertsicherungsklauseln marktunüblich sein soll.

Genau das Gegenteil ist nämlich richtig: Nach der Stammfassung des Baurechtsgesetzes aus dem Jahr 1912 (BGBl 1912/86) war die Wertsicherung des Baurechtszinses unwirksam (§ 3 Abs 2 BauRG in der Stammfassung); mit der BauRG-Novelle 1990 (BGBl 258/1990) hob der Gesetzgeber dieses Verbot nicht nur auf, sondern gewährte dem Grundeigentümer für Baurechtsverträge, die vor Aufhebung des Wertsicherungsverbots zustande gekommen sind und daher auf eine Wertsicherungsabrede verzichtet hatten, einen Anspruch auf angemessene Erhöhung des Baurechtszinses (siehe dazu auch die Gesetzesmaterialien - JAB 1264 BlgNR XVII. GP 2).

2. zu Seite 63:**Zitat:**

Wer schlussendlich hauptverantwortlich für das Zustandekommen der Vereinbarung rund um das Postsparkassen-Gebäude war, konnte selbst der Leiter der Finanzprokurator, Wolfgang Peschorn, nicht sagen.

Stellungnahme:

Es stellt sich die Frage, was der Fraktionsbericht mit diesem Hinweis aussagen möchte, da die Auskunftsperson Peschorn ja im Rahmen ihrer Befragung ausdrücklich angegeben hat, in keiner Weise in das Zustandekommen der Vereinbarung eingebunden gewesen zu sein:

Dr. Wolfgang Peschorn: *Also wir sind in dem Zusammenhang nie beauftragt worden, daher konnten wir auch nichts prüfen. Es sind auch uns keine Vereinbarungen, Verträge vorgelegt worden, oder noch ein Auftrag.*

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/952/fname_1631164.pdf, S. 34)

Es entspricht der allgemeinen Lebenserfahrung, dass Personen, die in bestimmte Sachverhalte weder einbezogen sind, noch entsprechenden Einblick haben, zu diesen Sachverhalten auch *nicht(s)* sagen können.

3. zu Seite 63/64:**Zitat:**

Nachdem das Gebäude in der Kolingasse 14-16 ähnlich wie die PSK von einer Bank verkauft, von einer Bundeseinrichtung rückgemietet und dann an universitäre Einrichtung weitergegeben wurde, konnte der FPÖ-Abgeordnete Christian Hafenecker festhalten, dass es offensichtlich kein Einzelfall ist, dass die Republik von Banken Immobilien kauft, die dann von der BIG zurückgemietet oder mit Baurechtsverträgen ausgestattet werden und dann schlussendlich durch Institutionen der Republik verwendet werden.

Dazu Peschorn: Wenn Sie in die Republik – auch in den großen Bereich der Republik – die Bundesimmobiliengesellschaft als 100-prozentige Tochter der Öbag miteinbeziehen, dann wäre diese Aussage diesbezüglich richtig.

Stellungnahme:

Die einleitende Darstellung - und damit in logischer Konsequenz auch die im Fraktionsbericht zitierte darauf aufbauende Feststellung des Abgeordneten Hafenecker - ist unrichtig:

Wie sich aus dem öffentlich einsehbaren Grundbuch und dem ebenso öffentlich einsehbaren Firmenbuch ersehen lässt, wurde die Liegenschaft Kolingasse 14-16 von einer Gesellschaft, an der die BIG und ein privater Projektpartner beteiligt war, erworben. Das Gebäude ist fast zur Gänze an die Universität Wien vermietet. Der private Projektpartner schied im Zusammenhang mit dem Abschluss des Mietvertrages mit der Universität Wien aus der Gesellschaft aus, sodass die BIG Alleingesellschafter und damit alleiniger Vermieter der Universität war; mittlerweile ist die Universität Wien zu 45% und die BIG zu 55% an der Gesellschaft beteiligt.

Aufgrund des inhaltlich unrichtigen Vorhalts gegenüber der Auskunftsperson Peschorn ist damit - in ebenso logischer Konsequenz - auch die Bestätigung des unrichtigen Vorhalts durch die Auskunftsperson inhaltlich unrichtig.

4. zu Seite 64:**Zitat:**

Die BIG scheint also systematisch Immobiliendeals zum Nachteil der Republik und zum Vorteil privater Spekulanten zumindest in Kauf genommen zu haben; das sind untragbare Zustände. Hier bedarf es dringend weiterer Aufklärung, bevor ein weiterer Ausverkauf stattfindet. Ein passendes Resümee zur Causa Postsparkasse zog Wolfgang Peschorn im Zuge seiner Befragung durch Christian Hafenecker: Also wenn mir eine Bewertung gestattet ist, dann eher über den großen Blick: Das, was für mich als Steuerzahler bedauerlich ist: dass dieses Gebäude nicht nur historisch wertvoll ist, sondern die Postsparkasse beheimatet hat, welche

*einmal eine nachgeordnete Dienststelle des Finanzministeriums war und dann in den 2000er-Jahren an die Bawag verkauft wurde, und so dieses Gebäude zur Bawag PSK kam und dass man das dann wenige Jahre, nicht einmal zwei Jahrzehnte sozusagen später mit einem Baurechtsvertrag auf 99 Jahre quasi zurückmietet. Das ist natürlich schon für den Staat etwas **bedauerlich**.*

Stellungnahme:

Um dieser Aussage, die wir ansonsten bewusst nicht näher kommentieren wollen, so neutral wie möglich zu begegnen, gilt es zunächst festzuhalten, dass im übermittelten Ausschnitt des Fraktionsberichts exakt zwei Liegenschaftsprojekte der BIG inhaltlich behandelt werden:

1. Kollingasse:

Hierzu verweisen wir zunächst auf unsere Stellungnahme zu Punkt 3.: Ein österreichisches Bankinstitut verkaufte seine bisherige Zentrale im Rahmen eines strukturierten öffentlichen Ausbietungsverfahrens. Die BIG kaufte auf dem freien Markt diese - nur wenige Gehminuten vom Hauptgebäude der Universität Wien entfernt gelegene - Liegenschaft zum durch ein Sachverständigengutachten festgestellten Verkehrswert und vermietet diese Liegenschaft nunmehr im Rahmen ihres Gesetzauftrags an die Universität Wien. Der Gewinn der BIG aus den Mieterträgen fließt somit dem BMF - und damit dem Steuerzahler - zu.

Da die vorgenannte Passage im Fraktionsbericht inhaltlich freilich nicht ansatzweise argumentativ belegt oder auch nur begründet ist, drängen sich unweigerlich zumindest drei Fragen auf:

- welchen konkreten *Nachteil der Republik* sieht der Verfasser des Fraktionsberichts, worin soll dieser bestehen und wie soll sich dieser bemessen?
- welchen konkreten *Vorteil privater Spekulanten* sieht der Verfasser des Fraktionsberichts, worin soll dieser bestehen und wie soll sich dieser bemessen?
- welche konkrete Art eines *Ausverkaufs* sieht der Verfasser des Fraktionsberichts darin, dass die BIG am freien Markt eine Liegenschaft aus privater Hand kauft und sich die Universität Wien darin einmietet?

2. Postsparkasse:

Die Auskunftsperson Peschorn bedauert den - wie es der Entwurf des Fraktionsberichts in der vorzitierten Passage bezeichnet - *Ausverkauf* der Postsparkasse. Dieser war dadurch erfolgt, dass die Republik Österreich als Eigentümerin bzw. Alleinaktionärin der Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft diese Gesellschaft an die BAWAG verkauft hat und die BAWAG in weiterer Folge als Alleingesellschafterin der Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft den Verkauf des bis dahin im Eigentum der Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft stehenden historischen Gebäudes an die Signa durchführte. Inwiefern dieser Verkauf eines Bankinstituts durch die Republik

Österreich auch nur in irgendeiner Weise ein *systematisches Handeln der BIG zum Nachteil der Republik* darstellen sollte, wird im Fraktionsbericht nicht einmal ansatzweise argumentiert und bleibt damit schlichtweg offen.

Soweit der Fraktionsbericht aber andeuten möchte, dass die BIG durch das von ihr im Gebäude umgesetzte Universitätsprojekt *zum Nachteil der Republik und zum Vorteil privater Spekulanten* gehandelt hat, ist festzuhalten, dass das gesamte Thema der PSK bereits im 2001 durchgeführten "Ibiza-Untersuchungsausschusses" war. Aus dem dazu ergangenen Bericht (siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/1040/imfname_997220.pdf) des U-Ausschusses vom 17.09.2021 darf zum Thema PSK zitiert werden wie folgt:

Die sehr ausführlichen Befragungen haben ebenso wenig wie die dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Urkunden Hinweise darauf ergeben, dass insbesondere im Bereich der Kooperationen mit privaten Investoren oder Bauträgern diese oder Dritte unrechtmäßig begünstigt werden sollten oder tatsächlich wurden. Die vom Geschäftsführer Weiss beschriebenen für Kooperationen sprechenden wirtschaftlichen Erwägungen sind unwidersprochen geblieben und wurden von den übrigen Auskunftspersonen im Wesentlichen bestätigt. Es liegen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Baurechtsvertrag hinsichtlich der Postsparkasse deshalb abgeschlossen wurde, um Signa zu höherer Wertigkeit beziehungsweise Belastbarkeit der Liegenschaft zu verhelfen (Seite 349 des Berichts).

Wenngleich der auf 99 Jahre ausgelegte Baurechtsvertrag hinsichtlich des Postsparkassengebäudes als unüblich bezeichnet wurde, ist dennoch – auch aufgrund der Vernehmung des damals im Aufsichtsrat der BIG befindlichen Perner – im Verfahren nichts hervorgekommen, was auf eine unzulässige Bevorteilung der Signa oder von Benko oder sonstiger dritter Personen schließen ließe (Seite 354 des Berichts).

Auch hinsichtlich des Abschlusses eines 99-jährigen Baurechtsvertrags über das Gebäude der Postsparkasse konnte im Untersuchungsausschuss kein Hinweis darauf gefunden werden, dass dadurch die Signa, Benko oder sonstige Dritte bevorteilt werden sollten oder tatsächlich wurden (Seite 794 des Berichts).

Da dieser Bericht dem Verfasser des Fraktionsberichtes zweifelsfrei bekannt ist, wäre zu erwarten gewesen, dies auch nun im übersandten Berichtsentwurf angeführt zu finden. Stattdessen drängen sich auch hier unweigerlich zumindest drei Fragen auf:

- welchen konkreten Nachteil der Republik sieht der Verfasser des Fraktionsberichts in dem im Rahmen des Ibiza-U-Ausschusses positiv beurteilten Universitätsprojekt, worin soll dieser bestehen und wie soll sich dieser bemessen?
- welchen konkreten Vorteil privater Spekulanten sieht der Verfasser des Fraktionsberichts in dem im Rahmen des Ibiza-U-Ausschusses positiv beurteilten Universitätsprojekt, worin soll dieser bestehen und wie soll sich dieser bemessen?

- welche konkrete Art eines Ausverkaufs sieht der Verfasser des Fraktionsberichts darin, wenn sich die BIG eine zuvor von der Republik an einen Privaten verkaufte historisch wertvolle Liegenschaft für zumindest 99 Jahre sichert, sie öffentlich zugänglich macht und sich verschiedene Universitäten und die Österreichische Akademie der Wissenschaften darin einmieten?“

3. Mag.^a Karin Fuhrmann

Mag.^a Karin Fuhrmann erstattete zu den Textteilen

S. 64-65

folgende Stellungnahme:

„Zu Seite 64:

Klarstellung der Rolle von Karin Fuhrmann

Signa Holding:

Karin Fuhrmann war hier ausschließlich gemeinsam mit anderen Mitarbeiter:innen der TPA Steuerberatung GmbH tätig, u.a. hinsichtlich der Unterstützung der Geschäftsführung und des Controllings bei der Erstellung der Bilanz; Beantwortung steuerlicher Fragestellungen; Bearbeitung von Anfragen der Betriebsprüfung; Kontakt mit den GF von Tochtergesellschaften der Signa Holding, wenn Fragen zu Unterlagen bestanden, sowie in der Kommunikation mit den Wirtschaftsprüfern;

Familie Benko Privatstiftung:

Karin Fuhrmann war hier ad personam Stiftungsvorstand und hat an Sitzungen des Stiftungsvorstandes teilgenommen; Abstimmungen mit den anderen Stiftungsvorständen; Abstimmung mit den Anwälten sowie dem Stiftungsprüfer.

Karin Fuhrmann hat die Familie Benko Privatstiftung NICHT steuerlich vertreten, die steuerliche Vertretung der Privatstiftung erfolgte über die Wirtschaftstreuhand Tirol Steuerberatungs GmbH & Co KG und in manchen Fällen auch über gesonderten Auftrag an die TPA Steuerberatung GmbH.

Zu Seite 65:

kika/Leiner

Es hat KEINERLEI persönlichen Kontakt von Karin Fuhrmann mit dem Finanzministerium im

Zusammenhang mit Steuerstundungen für Signa gegeben.“

4. Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH

Die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH erstattete zu den Textteilen

S. 21-22

folgende Stellungnahme:

„Die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 580703a) ist in Folge mehrerer Umgründungen hervorgegangen, deren Gegenstand stets die Übertragung eines Wirtschaftsprüfungsbetriebs durch Gesamtrechtsnachfolge war.

Aus diesem Grund hat die Gesellschaft über 100 Prüfungsmandate, die überwiegend vor ihrer Errichtung am 27. April 2022 bzw. Ersteintragung am 6. Mai 2022 vertraglich begründet wurden.

Die entsprechende Genese des mehr als 25 Jahre bestehenden Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbetriebes (FN 110188t) kann dem Firmenbuch entnommen werden. Die in den letzten drei Jahren erfolgten Umgründungsschritte und die Gesamtrechtsnachfolge sowie die zeitliche Abfolge der Beauftragung durch die COFAG werden im Folgenden dargelegt:

Im Mai 2021 bewarb sich die Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens bei der COFAG um die ausgeschriebene „Rahmenvereinbarung betreffend diverse Prüfleistungen von COFAG-Produkten 2021“.

Mit Auftragsschreiben vom 19. Mai 2021 der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH erhielt die Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH die Mitteilung über den Zuschlag zu ihrem Angebot vom 3. Mai 2021.

Auf Grundlage und zu den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung erfolgten seitens der COFAG ab dem 1. Juni 2021 Abrufe der vereinbarten Prüfungsdienstleistungen.

Wegen einer von Seiten der COFAG erforderlichen Aufstockung der Budgetmittel, betreffend die zugekauften Prüfungsdienstleistungen, führte die Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH Ende August 2021 eine Neuausschreibung der bestehenden Rahmenvereinbarung durch. Damit einhergehend wurden alle Vertragspartner eingeladen, am neuen für alle offenen Vergabeverfahren teilzunehmen.

In diesem nachgelagerten Vergabeverfahren wurde der Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH zu ihrem Anbot vom 23. September 2021 der Zuschlag erteilt und mit 14. Oktober 2021 die „Rahmenvereinbarung betreffend diverser Prüfleistungen von COFAG-Produkten,

Oktober 2021“ abgeschlossen. Gleichzeitig damit wurde die ursprüngliche Rahmenvereinbarung vom 19. Mai 2021 außer Kraft gesetzt.

Die vereinbarten Prüfungsdienstleistungen rief die COFAG nach ihrem Bedarf ab Juni 2021 bzw. auf Grundlage der neuen Rahmenvereinbarung ab 19. Oktober 2021 monatlich und in weiterer Folge quartalsweise ab.

Mit Firmenbucheintragung vom 01. Oktober 2021 wurde rückwirkend zum 01. Jänner 2021 der Teilbetrieb Steuerberatung von der Alpen-Adria Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH (FN 110188t) in eine neue GmbH (FN 565921m) abgespalten.

In der ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 110188t) verblieb der gesamte Wirtschaftsprüfungsbetrieb mit den mehr als 100 Prüfmandaten, worunter sich auch die Zuschlagserteilung zur neuen Rahmenvereinbarung sowie die aufrechte „Rahmenvereinbarung betreffend diverse Prüfleistungen von COFAG-Produkten 2021“ befand.

Am 09. Februar 2022 erfolgte eine Umfirmierung der ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH in Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH.

Im Zuge eines Umgründungsplans in mehreren gleichzeitigen Schritten wurde der Wirtschaftsprüfungsbetrieb der Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 110188t) mittels Notariatsakt vom 09. Juni 2022 rückwirkend zum 30. September 2021 in die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH & CO KG (FN 583335x) umgewandelt und gleichzeitig die Kommanditbeteiligung in die mit 27. April 2022 neu gegründete Komplementär-GmbH, die GTK-Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 580703a), eingebracht. Als Gesamtrechtsnachfolgerin führte diese den gesamten bestehenden Wirtschaftsprüfungsbetrieb ununterbrochen weiter und wurde in die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH umfirmiert.

Die Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH (FN 580703a) betrieb somit auch nach der Umgründung denselben Wirtschaftsprüfungsbetrieb unverändert mit dem identen Personal, Mandantenstock und Auftragsbestand am bisherigen Standort in Klagenfurt am Wörthersee weiter, womit die „Rahmenvereinbarung betreffend diverser Prüfungsleistungen von COFAG-Produkten Oktober 2021“, nahtlos weitergeführt, der Ressourcenbedarf laufend bis Juli 2024 abgerufen und von der Grant Thornton ALPEN-ADRIA Wirtschaftsprüfung GmbH im Rahmen der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen abgearbeitet wurde.

Der gesamte Prozess der Umgründung und Umfirmierung steht in keinerlei Verbindung mit der Beauftragung durch die COFAG. Es gibt weder eine nachvollziehbare noch eine sachliche Grundlage, diese beiden Sachverhalte in einen kausalen Zusammenhang zu stellen.“

5. Dr. Alfred Gusenbauer

Dr. Alfred Gusenbauer erstattete zu den Textteilen

S. 51-54

S. 68-70

folgende Stellungnahme:

„Der Bericht der Fraktion der FPÖ im COFAG Untersuchungsausschuss (der „**FPÖ-Bericht**“) insinuiert, auf Seite 52, die FMA habe Prüfungen verschleppt, um in der Folge auszuführen: *„Es besteht daher auch die Möglichkeit, dass diese Verschleppung auf eine Intervention von Alfred Gusenbauer beim „roten“ FMA Vorstand Helmut Ettl zurückgeht, (...)“*.

Zunächst bleibt im Dunkel, wie sich diese Vermutung aus den, im Text davor getätigten Ausführungen ableitet – arg. „daher“. Der FPÖ-Bericht bleibt jeglichen Beweis schuldig, der eine derartige Vermutung – besser wohl, Unterstellung – rechtfertigt. Eine derartige Intervention hat es auch nicht gegeben, bei keinem Mitglied des Vorstandes der FMA.

Gleiches gilt für die Unterstellung auf Seite 54 des FPÖ-Berichts, ich habe zugunsten der SIGNA Gruppe politisch interveniert.

Ebenso verhält es sich mit der Behauptung auf Seite 69 des FPÖ-Berichts, ich habe bei der FMA interveniert, um *„eine Prüfung des SIGNA Konzerns durch die EZB abzdrehen. Dabei sollte Ettl behilflich sein.“*

Zunächst: Für Prüfungen von Unternehmen, wie die SIGNA Unternehmensgruppe, ist die EZB nicht zuständig.

Vor allem aber zielte mein Schreiben vom 18. September 2023 darauf ab, Sachverhalte, wie Bewertungen von Immobilien, aufzuklären, die die EZB im Zuge von Prüfungen von Banken – wofür die EZB zuständig ist – thematisierte. Dies bringt mein Schreiben vom 18. September 2023 an Mag Helmut Ettl zum Ausdruck: *„Uns ist daher das Ziel der Vorgangsweise der EZB nicht erklärlich und wir bitten Dich um Unterstützung bei der Aufklärung der Sachlage und stehen jederzeit für Gespräche – auch mit Vertretern der EZB – zur Verfügung.“*

Eine Kopie dieses Schreibens schließe ich meiner Stellungnahme an.

Als Bundeskanzler betrieb ich keineswegs *„intensives Lobbying für Rene Benko“*, um *„ihm so die Errichtung seines ersten großen Immobilienprojektes“* zu ermöglichen. Der FPÖ-Bericht bleibt jeden Beweis für diese Unterstellung schuldig.

Meine Tätigkeit als Mitglied der Aufsichtsräte der SIGNA Prime Selection AG und der SIGNA

Development Selection AG war mit meiner Tätigkeit als Berater anderer Unternehmen der SIGNA Gruppe vereinbar und ist nicht unüblich. Dies legte Hans-Peter Haselsteiner in einem Interview in der ZIB 2 vom 24. Januar 2024 auch unwidersprochen dar. Vor allem aber habe ich, mit Schriftsätzen meiner Rechtsvertreterin vom 17. April 2024, auf Forderungen gegenüber der SIGNA Holding GmbH in einem sechs Millionen Euro übersteigenden Betrag verzichtet.“

6. Juice Factory – Juice Bars GmbH

Die Juice Factory – Juice Bars GmbH erstattete zu den Textteilen

S. 36

folgende Stellungnahme:

„Unzutreffenderweise lässt der Fraktionsberichtsentswurf außer Betracht, dass durchgehend positive Ergebnisse keine Voraussetzung für die Gewährung der Förderung darstellen. Der Hinweis auf das Vorliegen von Verlusten greift daher bei der Frage der Förderungswürdigkeit jedenfalls zu kurz und geht an der Sache vorbei.

Unser kontinuierliches Wachstum war mit Kosten verbunden – im Jahr 2019 ergab sich ein Verlust aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen – operativ konnte das Jahr trotz zwei Baustellen die den Geschäftsgang massiv beeinträchtigt haben positiv abgeschlossen werden. 2022 war aufgrund der allgemein bekannten Situation sehr herausfordernd – explodierende Energie- sowie Einkaufspreise haben das Ergebnis negativ belastet – quer durch alle Branchen. Im Jahr 2023 wird wieder ein Jahresgewinn erwirtschaftet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass unser Unternehmen in den 12 Jahren seines Bestehens jede Rechnung beglichen und Gehälter für mittlerweile mehr als 60 Mitarbeiter stets pünktlich und in voller Höhe überwiesen hat.

Herr Ottenschläger ist mit nur 10% Minderheits-Gesellschafter der JuiceFactory – JuiceBars GmbH und war und ist in operative Entscheidungen nicht eingebunden. Weiters ist es unrichtig, dass Herr Ottenschläger über seine Beteiligung an unserer Gesellschaft Hilfgelder der COFAG erhalten hat. Es gab zu keiner Zeit eine Ausschüttung aus der Gesellschaft an die Gesellschafter. Als Geschäftsführer tragen wir Verantwortung für das Interesse des Unternehmens und dessen Stake- und Shareholder – dieser Verantwortung sind wir stets gewissenhaft nachgekommen – so auch in sämtlichen Förderverfahren.

Vor kurzem wurde ein neuer Store eröffnet – in herausfordernden Zeiten setzen wir weiterhin auf Wachstum und Innovation und schaffen Arbeitsplätze – nicht nur in unserem, auch in von uns beauftragten Unternehmen. Wir selbst sind für viele unserer Partnerbetriebe ein sehr großer und wichtiger Kunde.

Wir erwarten daher, dass kredit- und rufschädigende Aussagen sofort eingestellt bzw. zurückgenommen werden.“

7. Abg. z. NR Andreas Ottenschläger

Der Abg. z. NR Andreas Ottenschläger erstattete zu den Textteilen

S. 27

folgende Stellungnahme:

„Seit 2012 bin ich an dem Unternehmen mit lediglich zehn Prozent beteiligt, da ich das damals junge Unternehmen unterstützen wollte.

Es hat bis dato keine Dividendenauszahlungen gegeben. Auch habe ich keine Honorare bezogen.

Darüber hinaus weise ich ausdrücklich darauf hin, dass ich in diesem Unternehmen zu keinem Zeitpunkt eine Funktion bekleidet habe.

Für die Antragstellung der Corona-Unterstützungshilfen ist und war die Geschäftsführung verantwortlich, die dazu verpflichtet war, da sie sonst fahrlässig gehandelt hätte.

Wie üblich hat diese unter Beiziehung eines Steuerberaters die Anträge eingebracht und man kann davon ausgehen, dass die Voraussetzungen für die Antragstellung geprüft wurden.

Dies stellt einen Vorgang wie bei tausenden anderen Betrieben dar. Ziel war es immer, so wie bei allen Unternehmen, das Unternehmen zu erhalten und die Arbeitsplätze dort zu sichern.

Ausdrücklich möchte ich auch darauf hinweisen, dass ich bei meinen Unternehmen – welche ich als Geschäftsführer leite – keine Förderungen, egal ob Kurzarbeit oder sonstige Corona-Unterstützungshilfen, beantragt oder in Anspruch genommen habe.

Die Anträge dieses Unternehmens – ebenso wie Anträge anderer mittelständischer Unternehmungen – waren nie Thema einer Sitzung des Beirats der COFAG.“

8. Ronny Pecik

Dr. Norbert Wess erstattete für seinen Mandanten Ronny Pecik zu den Textteilen

S. 51

folgende Stellungnahme:

„Die betreffend des Herrn Ronny Pecik verfasste Darstellung im Fraktionsberichtsentswurfs der FPÖ ist grob unrichtig und steht auch mit dem Akteninhalt und den Beweisergebnissen in Widerspruch. Namens des Herrn Ronny Pecik ist vielmehr festzuhalten, dass unser Mandant Herr Eduard Müller weder persönlich kennt, noch jemals mit Herrn Müller in Kontakt war.

Herr Ronny Pecik erlaub sich höflich wie bestimmt festzuhalten, dass er noch nie bzgl. seiner steuerlichen Verpflichtungen – bei wem auch immer – „interveniert“ hat. Es ist schier unerfindlich, woher diese Schlussfolge der FPÖ, die ruf- und geschäftsschädigend ist, abgeleitet wird. Herr Ronny Pecik behält sich dagegen ausdrücklich rechtliche Schritte vor.“

9. PwC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Die PwC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstattete zu den Textteilen

S. 21

folgende Stellungnahme:

*„1. Wir nehmen Bezug auf die Anfrage des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 21.6.2024, die an die PwC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gerichtet ist. Die PwC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war zu keinem Zeitpunkt Auftragnehmerin der COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (im Folgenden **“COFAG”**).*

2. Nach Weiterleitung der Anfrage an die Geschäftsführungen anderer Gesellschaften des PwCNetzwerkes in Österreich dürfen wir Ihnen jedoch Folgendes mitteilen:

3. Die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH und die PwC Advisory Services GmbH haben an Ausschreibungen und öffentlichen Vergabeverfahren iSd Bundesvergabegesetzes 2018 für unterschiedliche, von der COFAG geforderte Leistungen teilgenommen.

*4. Die beiden Gesellschaften haben sich stets an sämtliche Vorgaben und Anforderungen der COFAG gehalten. Die respektiven öffentlichen Vergabeverfahren der COFAG als vergebende Stelle erfolgten durch sie in Kooperation mit renommierten Rechtsanwaltskanzleien, wie (i) der Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH, Wienerbergstraße 11, 1100 Wien (im Folgenden **“EH”**) und (ii) KWR KARASEK WIETRZYK Rechtsanwälte GmbH (im Folgenden **“KWR”**). EH und KWR haben die Ausschreibungen maßgeblich begleitet bzw hatten dabei die Federführung inne. Das betrifft insbesondere die Auswahl der erfolgreichen Bieter.*

5. Die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH nahm am 24.09.2021 an einer öffentlichen Ausschreibung für unterschiedliche Leistungen der COFAG teil. EH gab am 14.10.2021 im Namen der COFAG bekannt, dass die

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH - neben fünf weiteren Bietern - den Zuschlag für diverse Prüfleistungen von COFAG-Produkten für die angebotenen Leistungen erhalten hat.

6. PwC Advisory Services GmbH nahm im Laufe des Jahres 2020 an mehreren öffentlichen Ausschreibungen für unterschiedliche, von der COFAG geforderte Leistungen teil. PwC Advisory Services GmbH wurde nur teilweise der Zuschlag zu von ihr angebotenen Leistungen erteilt. Auf die Involvierung der erwähnten Rechtsanwaltskanzleien für die COFAG (vgl Pkt 4.) wird verwiesen.

7. Alle Gesellschaften des PwC-Netzwerkes in Österreich unterliegen als Wirtschaftsprüfungsgesellschaften strengen beruflichen Verschwiegenheitsverpflichtungen, respektive entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen. Insbesondere auf § 80 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz (WTBG) wird verwiesen. Somit ist es den Gesellschaften insbesondere auch nicht gestattet, Auskünfte zu Inhalten abgeschlossener Verträge zu erteilen. Die Gesellschaften des PwC-Netzwerkes in Österreich halten sich strengstens an diese Vorgaben.

8. PwC Wirtschaftsprüfung GmbH und PwC Advisory Services GmbH halten fest, dass, wie aus den Medien bekannt ist und auch im Zuge dieses parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Tage trat, insbesondere Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die im Wettbewerb mit Gesellschaften des PwC Netzwerkes in Österreich stehen, Aufträge mit teilweise beträchtlich höherem Volumen mit der COFAG abgeschlossen haben.

9. Herr Mag. Marc Schimpel war zwar - für einen relativ kurzen Zeitraum - Angestellter bei einer Gesellschaft des PwC-Netzwerkes in Österreich, jedoch niemals Angestellter der PwC Österreich GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, PwC Wirtschaftsprüfung GmbH oder der PwC Advisory Services GmbH. Keine dieser Gesellschaften hat überdies Wahrnehmungen dahingehend, dass Herr Mag. Marc Schimpel in Entscheidungen über die Auftragsvergaben, in welcher Form auch immer, involviert war. Insbesondere auch nicht, dass Herr Mag. Marc Schimpel in den Bierrunden anwesend war. Der Vollständigkeit wegen wird nochmals auf Pkt 4. verwiesen.“

10. TPA Steuerberatung GmbH

Die TPA Steuerberatung GmbH erstattete zu den Textteilen

S. 60

S. 64-65

S. 68

folgende Stellungnahme:

„Zu Seite 60:

Der Antrag für COVID-Hilfen wurde von der TPA International Steuerberatung GmbH eingebracht. Diese Gesellschaft ist KEINE Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die Aussage „Wirtschaftsprüfungskanzlei TPA“ ist falsch, da es keine TPA Wirtschaftsprüfungskanzlei gibt.

Zu Seite 64:***Commerzialbank & Wirecard***

Weder die Commerzialbank Mattersburg noch die Wirecard Central Eastern Europe GmbH wurden von der TPA Steuerberatung GmbH jemals steuerrechtlich beraten oder geprüft. Die damalige – unter der Marke „TPA“ tätige – TPA Wirtschaftsprüfung GmbH war, wie den Medien zu entnehmen war, der Wirtschaftsprüfer der Bank sowie in Graz der Wirtschaftsprüfer der Wirecard Österreich-Tochter, die durch die Insolvenz des Wirecard Mutterkonzerns ebenfalls insolvent wurde. Durch Einsicht in das Firmenbuch kann einfach festgestellt werden, dass es keine gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen mit der TPA Steuerberatung GmbH gibt.

Firmenbuchstrafen:

Die TPA Steuerberatung GmbH hat dahingehend beraten, dass den gesetzlichen Erfordernissen Rechnung getragen wurde und für die Übernahme von Firmenbuchstrafen auch Lohnsteuer abgeführt wurde.

Zu Seite 65:

„Beantragung der COFAG-Entschädigungszahlungen“

Dazu mit Nachdruck folgende Stellungnahme:

1) Mietzinsreduktion Signa Luxury Collection GmbH Betrieb Chalet N in Zusammenhang mit Covid Förderungen:

Gemäß den Richtlinien zu den einzelnen COFAG Förderungen war der Antragsteller verpflichtet, Mietzinsreduktionen beim Bestandgeber – allenfalls auch gerichtlich – durchzusetzen. Diesem Umstand wurde seitens der Gesellschaft Rechnung getragen und in den Förderanträgen entsprechend berücksichtigt. Die Erhöhung des Mietaufwandes der Gesellschaft in den offengelegten Jahresabschlüssen erklärt sich durch die Anmietung von gewerblichen Geschäftsflächen in Deutschland, wobei die damit zusammen-hängenden Aufwendungen bei der Berechnung der Fixkosten sowie der Verlusthöhen richtigerweise ausgeschieden wurden.

2) Signa Luxury Collection GmbH Covid Förderungen Fixkostenzuschuss:

Im Auftrag der Gesellschaft wurde für die Periode 04-06/2020 ein Förderantrag Fixkostenzuschuss I eingebracht. Die Verantwortung der Richtigkeit der Berechnung des Umsatzausfalles sowie der Fixkosten liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Seitens der TPA International Steuerberatung GmbH wurden die Buchhaltungsjournale, Kontoblätter, Saldenlisten und Umsatzsteuervoranmeldungen sowie Belegstichproben für den Antrags- und Vergleichszeitraum im Detail geprüft und die berechnete Höhe des Umsatzausfalles und der Fixkosten entlang der von der Gesellschaft geführten Buchhaltung bestätigt. Seitens der Geschäftsführung wurde die Vollständigkeit und Richtigkeit in einer gesonderten Erklärung bestätigt. Die Überprüfung der Gästemelddaten mit den Buchhaltungsaufzeichnungen war nicht Gegenstand des Prüfungsauftrages und wurde mangels Zugänglichkeit zu diesen Daten auch nicht vorgenommen. Anmerken dürfen wir, dass solche Überprüfungen im Zuge der Vorgaben zu den Prüfungshandlungen seitens der COFAG nicht gefordert waren.

3) Verlustersatz II – November 2021

Im Auftrag der Gesellschaft wurde für die Periode November 2021 ein Förderantrag Verlustersatz II eingebracht. Der Hotelbetrieb war vom 2.11.2021 bis zum 6.12.2021 von einem gesetzlichen Betretungsverbot (Lockdown II) betroffen. Die Verantwortung der Richtigkeit der Berechnung des Umsatzausfalles sowie des Verlustes liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Seitens der TPA Steuerberatung GmbH wurden die Buchhaltungsjournale, Saldenlisten und Umsatzsteuervoranmeldungen für den Antragszeitraum im Detail geprüft und die berechnete Höhe des Umsatzausfalles und der Verlusthöhe entlang der von der Gesellschaft geführten Buchhaltung bestätigt und eine entsprechende Bestätigung der Geschäftsführung über die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben eingeholt. Aufgrund des gesetzlichen Betretungsverbotes für den vorgenannte Zeitraum waren die Buchhaltungsaufzeichnungen zu den erzielten Umsatzerlösen als plausibel einzustufen. Die Überprüfung der Gästemelddaten mit den Buchhaltungsaufzeichnungen war nicht Gegenstand des Prüfungsauftrages und wurde mangels Zugänglichkeit zu diesen Daten auch nicht vorgenommen. Anmerken dürfen wir, dass solche Überprüfungen im Zuge der Vorgaben zu den Prüfungshandlungen seitens der COFAG nicht gefordert waren. Die Finanzverwaltung hat sämtliche Angaben der Gesellschaft sowie die gutachterliche Stellungnahme der TPA Steuerberatung GmbH vor Auszahlung der Förderung geprüft und ein entsprechendes Ergänzungsgutachten erstellt.

Tuchlauben:

Es ist FALSCH, dass die TPA Steuerberatung GmbH an Immobilienbewertungsgutachten mitgewirkt hat - weder in der Vergangenheit noch aktuell. Hierzu waren entsprechende Immobilien-Sachverständige durch das Unternehmen Signa mandatiert.

Kika/Leiner:

Es hat KEINERLEI Kontakt von Vertretern der TPA Steuerberatung GmbH mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit Steuerstundungen für Signa gegeben.“

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der Grünen

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder
(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)
(2670 d.B.)**

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA (Hervorhebungen jeweils im Original)**1. René Benko**

René Benko erstattete zu den Textteilen

S. 4-97

folgende Stellungnahme:

„Die Darstellungen im Fraktionsbericht der Grünen sind in weiten Bereichen unrichtig und stehen wiederholt mit dem Akteninhalt in Widerspruch. Von der Darstellung abweichende Beweisergebnisse werden entweder gar nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt.

Aufgrund von laufenden Ermittlungsverfahren ist es dem Einschreiter nicht möglich, zu den Ausführungen im Fraktionsbericht der Grünen im Detail Stellung zu nehmen. Aus dem Unterbleiben einer Stellungnahme können jedoch keine wie immer gearteten rechtlichen oder sachverhaltsmäßigen Rückschlüsse gezogen werden.“

2. Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG) / DI Hans-Peter Weiss

Mag. Martin Hübner erstattete für die BIG sowie DI Hans-Peter Weiss zu den Textteilen

S. 44-45

S. 58-60

folgende Stellungnahme:

„Vorbemerkung:

Der vorliegende Auszug aus dem Fraktionsbericht wurde Herrn DI Hans-Peter Weiss persönlich mit Gelegenheit zur Stellungnahme übermittelt. Herr DI Weiss hat als Teil der Geschäftsführung der BIG die übermittelten Auszüge im Sinne einer Good Governance unverzüglich den relevanten Stellen im Unternehmen bzw. Konzern offengelegt.

Tatsächlich berühren die relevanten Passagen allerdings nur marginal die Person DI Hans-Peter Weiss, während sich der überwiegende Teil der Ausführungen mit dem operativen Geschäft der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. auseinandersetzt. Daher wurde ich in meiner Rolle als Leiter der Konzernrechtsabteilung seitens der Geschäftsführung der BIG mit der Erstellung einer objektiven und unabhängigen Stellungnahme primär aus Sicht der BIG sowie an gekennzeichneten Passagen des Herrn DI Hans-Peter Weiss beauftragt.

1. zu Seite 45

Zitat:

Medial dokumentiert ist die Anwesenheit des damaligen Geschäftsführers der staatlichen Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) Hans-Peter Weiss. Bei dem Besuch 2016 habe es sich aber um „keinerlei Compliance-Verstöße“ gehandelt, so das eigens dafür bestellte Gutachten. Weiss habe lediglich im Zuge der Immobilienmesse an der französischen Riviera den Signa-Stand besucht, der sich auf der Yacht befunden habe.

Stellungnahme:

Es ist Teil der Aufgaben des Geschäftsführers der Bundesimmobiliengesellschaft, Fachmessen zu besuchen und mit den relevanten Unternehmen zu reden. Im Rahmen der internationalen Immobilienmesse MIPIM in Cannes nützen zahlreiche Aussteller aus der Immobilienwirtschaft Schiffe als Messestände. Das Messegelände ist rund um den „Palais des Festivals et des Congrès de Cannes“ im Hafen von Cannes ausgerichtet. Neben zwei Messehallen befindet sich der Yachthafen, in welchem verschiedene Aussteller während der MIPIM bei lokalen Anbietern¹ Boote chartern, die als Erweiterung des Messegeländes dienen.

Dem gegenüber ist der gesamte Text der Seiten 44 und 45 verbunden mit der der bildlichen Gestaltung, die den - unrichtigen - Eindruck vermitteln soll, das Schiff liege oder kreuze auf offenem Gewässer, in einer Weise formuliert, die beim Leser den Eindruck erwecken soll, Herr Hans-Peter Weiss habe Herrn Benko auf dessen Yacht in urlaubender Form besucht. Eine derart unterstellende, jegliche Objektivität vermissenlassende Formulierung ist jedenfalls als mögliche Rechtsverletzung i.S. § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA anzusehen.

Hervorzuheben ist dabei insbesondere auch der Satz, *„Bei dem Besuch 2016 habe es sich aber um „keinerlei Compliance-Verstöße“ gehandelt, so das eigens dafür bestellte Gutachten.“* Damit wird dem Leser des Fraktionsberichts dargetan, dass die BIG bzw. Hans-Peter Weiss ein sie exkulpierendes Gutachten bestellt hätten, welches sie von Compliance-Vorwürfen reinwaschen solle. Die Verfasserin des Fraktionsberichts verwendet hier nicht zufällig die Wortfolge *„Gutachten bestellen“*, sondern will damit ganz offensichtlich dem Leser klar mitteilen, dass es sich bei besagtem Gutachten um ein (unrichtiges bzw. unwahres) Gefälligkeitsgutachten handelt. Diese Behauptung ist freilich falsch.

Nachdem durch Berichte im Standard, im Standard-online und im ORF (ZIB2), wobei auch die Fraktionsführerin der Grünen-Fraktion im U-Ausschuss, Nationalratsabgeordnete Nina Tomaselli, dabei interviewt worden ist, die unrichtigen Behauptungen mit Bezug zum MIPIM-Besuch veröffentlicht wurden, wurde durch den Aufsichtsrat der BIG ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, welches keinerlei Fehlverhalten der Geschäftsführung der BIG bzw. der BIG selbst festgestellt hat.

¹ siehe etwa <https://cannes-yachts-booking.com/de/>; <https://www.arthaudyachting.com/location-yacht-mipimcannes/>.

Die unrichtige Behauptung, man habe ein (reinwaschendes Gefälligkeits-) *Gutachten eigens bestellt* - so der an den Leser herangetragene Vorwurf in seinem Tatsachenkern - ist sowohl für die BIG als auch für Hans-Peter Weiss unzweifelhaft kreditschädigend und deren Persönlichkeitsrechte verletzend.

2. zu Seite 58

Zitat:

Rückblende ins Jahr 2016: In Cannes findet gerade die noble Immobilienmesse Mipim statt. Die 62 Meter lange Yacht „Roma“ ankert im Hafen der Stadt an der Cote d'Azur. Auftritt Hans Peter Weiss. Er ist einer der beiden Vorstände der Republik-eigenen Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Wie schon im Jahr 2013 betritt er die Luxusyacht und wird Jahre später behaupten, René Benko dort nicht getroffen zu haben.

Stellungnahme:

Faktum ist, dass Herr Hans-Peter Weiss anlässlich des hier angeführten Messebesuchs (siehe auch oben Punkt 1. der Stellungnahme) Herrn Rene Benko nicht getroffen hat, was auch belegbar ist.

Überhaupt scheint diese Passage zu belegen, dass es dem Bericht auf Konsistenz und Korrektheit der Fakten nicht ankommt: wenn im Bericht auf Seite 44 angeführt wird *Benko kaufte die Yacht 2015 seinem Business-Freund Ronny Pecik ab*, so drängt sich zwingend die Frage auf, wie Herr Hans-Peter Weiss ebendiese Yacht schon im Jahr 2013 betreten haben soll, als sich noch gar nicht Herrn Benko gehörte?

3. zu Seite 59

Zitat:

Hans-Peter Weiss pflegte mit René Benko eine über Jahre regelmäßige Geschäftsbeziehung. Signa-Unterlagen zeigen, dass der BIG-Geschäftsführer gleich auf mehreren Jagdeinladungslisten erwähnt wird, die Einladungen will er aufgrund von Compliance Gründen nicht angenommen haben.

Stellungnahme:

Tatsache ist, dass sich Hans-Peter Weiss und René Benko in mehr als 10 Jahren nur wenige Male persönlich getroffen haben und dies ausschließlich im beruflichen Rahmen. Tatsache ist auch, dass Hans-Peter Weiss zu zwei Jagden von der SIGNA eingeladen wurde und diese beiden Einladungen jeweils schriftlich abgelehnt hat. Der Text des Fraktionsberichts ist hingegen (absichtlich) so abgefasst, dass beim Leser der (unrichtige) Eindruck verbleibt, als würde eine enge persönliche Beziehung zwischen Hans-Peter Weiss und René Benko bestehen. Mehr noch: der Text arbeitet mit Übertreibungen wie „gleich auf mehreren Jagdeinladungslisten“ anstatt klar anzuführen, dass es genau zwei ausgeschlagene Jagdeinladungen gab. Zudem: das auch der Berichtsverfasserin bekannte Faktum, dass beide Einladungen schriftlich ausgeschlagen wurden, wird lediglich im Konjunktiv und nicht als Tatsache erwähnt, sodass beim Leser der Eindruck verbleibt, dass es möglicherweise doch zu einem Besuch einer Jagd gekommen sei - so der unrichtige Kern der Behauptung der dem Leser dadurch dargetan wird. Auch

mit der Erhebung und Verbreitung dieser unwahren Behauptungen wird rechtswidrig in die Persönlichkeitsrechte des Hans-Peter Weiss eingegriffen.

4. zu Seite 59, 60 - Postsparkasse

4.1 Zitat:

Im August 2019 wurden die Hotelpläne noch einmal reaktiviert, doch das Denkmalamt hatte immer noch Einwände. Nur einen Monat später kam dann die Rettung für die Signa. Die Bundesimmobiliengesellschaft mietete das Haus für 99 Jahre. Die BIG zahlt nun jährlich 3,69 Millionen Euro an Miete, muss aber für die Sanierung und Erhaltung des Gebäudes selber aufkommen.

4.1 Stellungnahme:

a) Der in den beiden ersten Sätzen behauptete zeitliche Zusammenhang „August 2019 – Nur einen Monat später...“ ist in verzerrender Weise unrichtig. Der Fraktionsführerin der Grünen im Untersuchungsausschuss, der Abgeordneten Mag. Nina Tomaselli, ist nämlich spätestens seit ihrer Befragung von Herrn DI Hans-Peter Weiss im Rahmen des „Ibiza-U-Ausschusses“ am 14.04.2021 bekannt, dass sich die Universität für Angewandte Künste bereits seit Mai 2019 für die Anmietung von Flächen im Gebäude interessierte, wie nachstehendes Zitat aus dem Protokoll der Befragung zeigt:

Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss: *Dann ist diese Idee verworfen worden, und dann ist im Mai 2019 die Angewandte mit der Frage, ob wir sie bei der Sicherung dieser Flächen unterstützen können, an uns herangetreten.*

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): *Und dann haben Sie im September 2019 mit der Signa diesen 99-jährigen Mietvertrag gemacht?*

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/205/fname_981171.pdf, S. 13).

Dieses Wissen der Abgeordneten Tomaselli wird scheinbar bewusst negiert, um den unrichtigen Eindruck eines sehr rasch erfolgten Vertragsabschlusses („Rettung“) zu vermitteln.

b) Die Bezeichnung „Mietvertrag“ ist in verzerrender Weise unrichtig. Der Fraktionsführerin der Grünen im Untersuchungsausschuss, der Abgeordneten Mag. Nina Tomaselli, ist dem gegenüber bekannt, dass es sich um einen Baurechtsvertrag und nicht um einen Mietvertrag handelt; hat sie doch selbst im Rahmen des „Ibiza-U-Ausschusses“ am 14.04.2021 anlässlich der Befragung von Herrn DI Hans-Peter Weiss - nach entsprechendem Hinweis - korrekterweise von einem Baurechtsvertrag gesprochen, wie nachstehendes Zitat aus dem Protokoll der Befragung zeigt:

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): *... nach dem Abschluss dieses 99-jährigen Baurechtsvertrages.*

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/205/fname_981171.pdf, S. 14).

Es entspricht dem Wesen jedes Baurechtsvertrages, der dem Baurechtsnehmer für die Dauer des Baurechts die Rechtsstellung des Eigentümers am Gebäude einräumt, dass der Baurechtsnehmer über die - vom Gesetzgeber vorgegebene - grundsätzlich lange Vertragsdauer aus den Erträgen des Baurechtsobjektes für die Sanierung und Erhaltung des Gebäudes aufzukommen hat.

Dieses Wissen der Abgeordneten Tomaselli, dass es sich um einen baurechts- und keinen Mietvertrag handelt, wird scheinbar bewusst negiert, um den unrichtigen Eindruck eines ungünstigen Geschäfts zu vermitteln.

4.2 Zitat:

Ein Kauf der Immobilie wäre wahrscheinlich wesentlich günstiger ausgefallen.

4.2 Stellungnahme:

Diese Ausführung überrascht und verwundert zugleich. Der Fraktionsführerin der Grünen im Untersuchungsausschuss, der Abgeordneten Mag. Nina Tomaselli, ist nämlich spätestens seit ihrer Befragung von Herrn DI Hans-Peter Weiss im Rahmen des „Ibiza-U-Ausschusses“ am 14.04.2021 bekannt, dass der Eigentümer des Gebäudes nicht bereit war, dieses zu verkaufen, wie nachstehendes Zitat aus dem Protokoll der Befragung zeigt:

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne): *Aber wissen Sie, was jeden bei dieser Geschichte wundert: Wieso hat die BIG, wenn man unbedingt das Gebäude haben möchte, nicht einfach selber gekauft?*

Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss: *Das war auch eine Option. Wir haben das auch hinterfragt. Der Eigentümer wollte nicht verkaufen.*

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/205/fname_981171.pdf, S. 14).

Zudem hat die BIG der Abgeordneten Mag. Nina Tomaselli gegenüber auch mit Brief vom 25.05.2023 (siehe hierzu auch unten Punkt 5. der Stellungnahme) anlässlich eines am 16.05.2023 in der Sendung REPORT ausgestrahlten Interviews...*erneut fest(ge)halten, dass das Gebäude der BIG seitens Signa nicht zum Kauf angeboten wurde.* Mit diesem Brief wurde der Abgeordneten Nina Tomaselli auch erneut angeboten, ihr die Projekte und strategische Ausrichtung des Unternehmens bzw. Konzerns in einem persönlichen Gespräch zu erläutern, es war jedoch keinerlei Reaktion auf dieses Angebot zu verzeichnen.

Dieses Wissen der Abgeordneten Tomaselli wird scheinbar bewusst negiert, um den unrichtigen Eindruck eines ungünstigen Geschäfts zu vermitteln.

4.3 Zitat:

Für die Signa war der Deal jedenfalls hochprofitabel. Die Signa konnte in Folge des Vertragsabschlusses die Immobilie um das 2,7-Fache massiv aufwerten.

Auf die Frage im Ibiza-Untersuchungsausschuss an Hans-Peter Weiss: „War das gut verhandelt?“, antwortet dieser trocken: „Das war gut verhandelt“.

4.3 Stellungnahme:

Diese Ausführung überrascht und verwundert zugleich. Der Fraktionsführerin der Grünen im Untersuchungsausschuss, der Abgeordneten Mag. Nina Tomaselli, ist nämlich aufgrund ihrer Befragung

von Herrn DI Hans-Peter Weiss im Rahmen des „Ibiza-U-Ausschusses“ am 14.04.2021 bekannt, dass (i) die hier wiedergegebene Antwort grob verkürzt und dadurch sinnenstellt wurde und (ii) Herr DI Hans-Peter Weiss ausdrücklich festgehalten hatte, auf die Ausführung der Abgeordneten Tomaselli zur angeblichen Wertsteigerung der Liegenschaft nicht inhaltlich eingehen zu können, wie nachstehendes Zitat aus dem Protokoll der Befragung zeigt:

Dipl.-Ing. Hans-Peter Weiss: *Das war gut verhandelt. Wir sind ein Immobilienunternehmen und als solches haben wir nach immobilienwirtschaftlichen Kriterien zu entscheiden. Wir haben eine Vereinbarung zur PSK - - , oder zur Nutzung dieses einzigartigen Gebäudes geschafft, das uns dieses Haus zu günstigen Konditionen sichert. Der Bauzins liegt unter Markt und damit können wir unseren Kunden, den Universitäten, günstige Mieten anbieten. Was Sie ansprechen, die Finanzierungs- und Bewertungsaktivitäten unseres Vertragspartners, möchte ich und kann ich nicht kommentieren, aber aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass man von der Höhe eines Pfandrechts nicht automatisch auf den Wert einer Immobilie schließen kann. Und den hier genannten Zahlenvergleich kann ich auch nicht nachvollziehen, weil ja bereits vor Vertragsabschluss im Grundbuch Pfandrechte mit über 180 Millionen Euro eingetragen waren und nicht 108 Millionen.*

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/205/fname_981171.pdf, S. 15).

Diese für den Leser nicht erkennbare Verkürzung der damaligen Antwort wurde scheinbar (absichtlich) vorgenommen, damit beim Leser der (unrichtige) Eindruck entsteht, als würde Herr DI Hans-Peter Weiss einerseits den Vorhalt, es sei zu einer Wertsteigerung um den Faktor 2,7 gekommen, bestätigen und dies andererseits auch mit einer gewissen Gleichgültigkeit der Fragestellung gegenüber tun.

Genau das Gegenteil ist jedoch richtig: Herr DI Weiss hat einerseits fachlich fundiert angeführt, warum man den Faktor 2,7 für eine Wertsteigerung nicht einfach aus einem Eintrag im Grundbuch ableiten kann; andererseits hat er umfassend dargelegt, warum der Abschluss des Baurechtsvertrages gut verhandelt war - weil die BIG dadurch den Universitäten im Gebäude günstige Mieten anbieten kann.

4.4 generelle Stellungnahme:

Insgesamt ist festzuhalten, dass das gesamte Thema der PSK bereits im 2001 durchgeführten „Ibiza-Untersuchungsausschusses“ Gegenstand war. Aus dem dazu ergangenen Bericht (siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/1040/imfname_997220.pdf) des U-Ausschusses vom 17.09.2021 darf zum Thema PSK zitiert werden wie folgt:

Die sehr ausführlichen Befragungen haben ebenso wenig wie die dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Urkunden Hinweise darauf ergeben, dass insbesondere im Bereich der Kooperationen mit privaten Investoren oder Bauträgern diese oder Dritte unrechtmäßig begünstigt werden sollten oder tatsächlich wurden. Die vom Geschäftsführer Weiss beschriebenen für Kooperationen sprechenden wirtschaftlichen Erwägungen sind unwidersprochen geblieben und wurden von den übrigen Auskunftspersonen im Wesentlichen bestätigt. Es liegen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der Baurechtsvertrag hinsichtlich der Postsparkasse deshalb abgeschlossen wurde, um Signa zu höherer Wertigkeit beziehungsweise Belastbarkeit der Liegenschaft zu verhelfen (Seite 349 des Berichts).

Wenngleich der auf 99 Jahre ausgelegte Baurechtsvertrag hinsichtlich des Postsparkassengebäudes als unüblich bezeichnet wurde, ist dennoch – auch aufgrund der Vernehmung des damals im Aufsichtsrat der BIG befindlichen Perner – im Verfahren nichts hervorgekommen, was auf eine unzulässige Bevorteilung der Signa oder von Benko oder sonstiger dritter Personen schließen ließe (Seite 354 des Berichts).

Auch hinsichtlich des Abschlusses eines 99-jährigen Baurechtsvertrags über das Gebäude der Postsparkasse konnte im Untersuchungsausschuss kein Hinweis darauf gefunden werden, dass dadurch die Signa, Benko oder sonstige Dritte bevorteilt werden sollten oder tatsächlich wurden (Seite 794 des Berichts).

Da dieser Bericht dem Verfasser des Fraktionsberichtes zweifelsfrei bekannt ist, zumal die Person der Fraktionsführerin in beiden Ausschüssen identisch war, kann daraus wohl nur der Schluss gezogen werden, dass die vorzitierten Ausführungen im übersandten Berichtsentwurf wider besseres Wissen erfolgten.

5. zu Seite 60 - PSK „Parlament Transparent“

Zitat:

Ich habe gleich mehrere Briefe der BIG-Geschäftsführung erhalten, ich solle bitte die negative Darstellung des BIG-Deals bei der Postsparkasse unterlassen. – Nina Tomaselli

Stellungnahme:

Diese in einem grünen Kasten hervorgehobene Aussage der Nationalratsabgeordneten Mag. Nina Tomaselli ist schlichtweg unrichtig.

Die Nationalratsabgeordnete Mag. Nina Tomaselli wurde von der BIG genau dreimal angeschrieben:

Zunächst im Jahr 2020 mit Brief vom 22. 10. 2020 und 24. 11. 2020. Beide Briefe beziehen sich auf die Geschäftstätigkeit der ARE Austrian Real Estate GmbH, einer Tochtergesellschaft der BIG. Beide Briefe beziehen sich auf ein ZIB-2 Interview der Nationalratsabgeordneten vom 20. 10. 2020 und führen einerseits Informationen zu der Geschäftstätigkeit der ARE an, andererseits wird die jederzeitige Gesprächsbereitschaft zur persönlichen Darlegung der Geschäftstätigkeit der ARE bekräftigt. In keinem dieser Briefe wird die Postsparkasse erwähnt.

Mit Brief vom 25.05.2023 wurde Frau Nationalratsabgeordnete Mag. Nina Tomaselli das dritte und bislang letzte Mal von der BIG kontaktiert. Dies aufgrund eines Statements der Nationalratsabgeordneten in der Sendung Report vom 16. 05. 2023. In diesem Brief wurden ihr die Aufgaben der BIG laut Bundesimmobiliengesetz dargelegt und im Hinblick auf die Postsparkasse darauf verwiesen, dass ein Kauf von Seiten der SIGNA nicht angeboten wurde, weshalb dieser auch keine Option war. Ebenso wurde dargetan, dass es aber gelungen ist für die Nutzer (Anm.: Universitäten) günstige Mietkonditionen zu vereinbaren. Zuletzt wurde auch hier angeboten, persönlich die Strategie und Projekte der BIG näher zu erläutern (siehe dazu auch bereits Punkt 4.2. dieser Stellungnahme). Festzuhalten ist, dass auch in diesem Brief keinerlei Aufforderung an die Nationalratsabgeordnete erging, auch nur irgendwelche Darstellungen über die BIG, deren Projekte bzw. deren „Deals“ zu unterlassen.

Die im Fraktionsbericht besonders hervorgehobene Behauptung der Nationalratsabgeordneten Mag. Nina Tomaselli, *„Ich habe gleich mehrere Briefe der BIG-Geschäftsführung erhalten, ich solle bitte die negative Darstellung des BIG-Deals bei der Postsparkasse unterlassen.“*, ist daher schlicht unwahr.

Mit dieser Behauptung wird dem Leser nichts Anderes mitgeteilt, als dass die BIG und deren Geschäftsführung unzulässigen Druck auf die Nationalratsabgeordnete, welche angebliche Missstände bei der letztlich dem Steuerzahler verpflichteten BIG überprüft, ausübt. Im Gesamtkontext mit den übrigen auf die BIG und deren Geschäftsführung verweisenden Ausführungen im Fraktionsbericht verbleibt beim Leser der Eindruck, dass die BIG bzw. Herr DI Weiss mit René Benko und der Signa gemeinsame Sache zulasten des Steuerzahlers machen würden. Dabei würde die BIG auch nicht einmal vor Druckausübung auf einen Nationalratsabgeordnete zurückschrecken.

Diese unwahre Behauptung, ist für die BIG und deren Geschäftsführung kreditschädigend und deren Persönlichkeitsrechte verletzend. Zudem wird dadurch der BIG-Geschäftsführung ein unehrenhaftes bzw. gegen die guten Sitten verstoßendes Verhalten unterstellt, dass geeignet ist diese in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen bzw. herabzusetzen. Es liegt daher neben der Kreditschädigung gemäß § 1330 ABGB auch eine üble Nachrede im Sinne des § 111 StGB vor.

6. zu Seite 60 - Renngasse 2

Zitat:

Die BIG hat 2012 für den österreichischen Verfassungsgerichtshof einen Mietvertrag mit der Signa über 50 Jahre abgeschlossen. Grün-Abgeordnete Gabi Moser monierte schon 2011 in einer parlamentarischen Anfrage: „Die Neu-Einmietung erfolgte ohne Ausschreibung und zu überhöhten Konditionen. In Maklerkreisen gilt die Miete von 120.000 Euro als überteuert, hinzu kommt ein Kündigungsverzicht für drei Jahrzehnte. Die 20 Euro pro Quadratmeter liegen deutlich über der durchschnittlichen Bandbreite von 12 bis 15 Euro am Wiener Büromarkt, eine Bindung auf 30 Jahre ist unüblich.“

Stellungnahme:

An dieser Stelle wird auf einen Mietvertrag zwischen der „Signa“ und der BIG „für den Verfassungsgerichtshof“ aus dem Jahr 2012 verwiesen. Richtig ist, dass ein Mietvertrag über Flächen des Gebäudes mit der Grundstücksadresse Freyung 8-9, Renngasse 2 und Tiefer Graben 1-5, 1010 Wien, zwischen der SIGNA ACHILLES GmbH und der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. abgeschlossen wurde – dies allerdings nicht 2012, sondern im Jahr 2011. Weiter heißt es, dass die Grün-Abgeordnete Gabi Moser bereits 2011 in einer parlamentarischen Anfrage „monierte“, dass die Neu-Einmietung „ohne Ausschreibung und zu überhöhten Konditionen“ erfolgt sei.

Dies entspricht aber nicht den Tatsachen. In der gegenständlichen Anfrage der Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde, 9207/J XXIV.GP, wurden im Wesentlichen Medienberichte und keine verifizierten Tatsachen angeführt und daneben auch – im Widerspruch zu den vorstehenden Vorwürfen

– die Finanzprokurator wie folgt zitiert: „Wir haben die rechtlichen Aspekte abgeklärt, der Vertrag war in Ordnung.“

Zusammenfassend wurde dort lediglich festgestellt, dass die „Vorgangsweise“, welche die Medienberichte ergeben, „geklärt werden muss“. Dazu wird unter anderem auch die konkrete Frage gestellt, ob „eine Miete von 20 Euro pro Quadratmeter und eine 30 jährige Bindungsfrist“ gerechtfertigt seien.

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/J/9207/fname_230172.pdf)

Was nun sowohl im Text des Fraktionsberichtes als auch in den Endnoten bzw. Quellen verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass das Bundesministerium für Finanzen (BMF) in seiner Bezug habenden Anfrage-Beantwortung vom 08.11.2011 klar und deutlich feststellte, dass in dem gegenständlichen Mietvertrag „weder eine Miete von 20 EUR/m² noch eine 30-jährige Bindungsfrist vereinbart“ wurden und dass ein eingeholtes Sachverständigengutachten zu dem Ergebnis kommt, dass „der vereinbarte Mietzins – unter Berücksichtigung des eingeräumten Kündigungsverzichtes – deutlich unter dem marktüblichen Mietzins liegt“.

(siehe https://www.parlament.gv.at/dokument/XXIV/AB/9101/imfname_234922.pdf)

Das bewusste Verschweigen der Tatsache, dass die im Fraktionsbericht zitierten Behauptungen der Grünen Abgeordneten Gabi Moser im Rahmen der Beantwortung durch das BMF widerlegt wurden, erfolgt offensichtlich, um den unrichtigen Eindruck eines ungünstigen Geschäfts zu vermitteln, für das die BIG verantwortlich sein soll. Dies fügt sich in die übrige Diktion des Fraktionsberichts, der offensichtlich darauf ausgelegt ist, die BIG möglichst schlecht darzustellen. In diesem Licht sind auch die oben angeführten unrichtigen Behauptungen über die BIG und deren Geschäftsführung zu lesen, wodurch deren Abträglichkeit für diese noch verstärkt wird. Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass freilich auch ein Verschweigen wesentlicher Tatsachen zu einer gerade deswegen verbleibenden kreditschädigenden und anspruchsbegründenden Tatsachenbehauptung führen kann.

Dass der für das Objekt vereinbarte Mietzins deutlich unter dem marktüblichen Mietzins liegt belegen auch diverse Büromarktberichte aus dem Jahr 2011. Lt. dem Büromarktbericht von EHL (vgl. Wien Büromarktbericht, Frühjahr 2011, EHL, S. 6 und S. 10 - Beilage./1) lagen die Spitzenmieten in innerstädtischen Toplagen im ersten Halbjahr 2011 bei EUR 21/m². Für moderne Büroflächen wurden sogar Höchstmieten von bis zu 22,0 EUR/m² erzielt. Auch der Immobilien-Preisspiegel (vgl. Immobilien-Preisspiegel, 2011, Wirtschaftskammer Österreich – Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, S. 207 - Beilage./2) weist im Jahr 2011 eine durchschnittliche Miete in der Kategorie "sehr guter Nutzungswert" für die Innere Stadt in Wien von 21,0 EUR/m² aus. Lt. CBRE (Vgl. Marktbericht – Wiener Büromarkt, Q2/2011, CBRE, S. 1 und S. 4 - Beilage./3) betrug die Spitzenmiete im 2. Quartal 2011 ca. 23,50 EUR/m².

Die im Fraktionsbericht genannte durchschnittliche Miete für den Wiener Büromarkt von 12 bis 15 EUR bezieht sich erkennbar auf einen Durchschnittswert über gesamt Wien. Die Spitzenmieten, welche für modern ausgestatte Büroräumlichkeiten in sehr guten Lagen (hierzu zählt insbesondere die Innere Stadt)

erzielbar sind, lagen zum Abschlusszeitpunkt deutlich darüber. Das Gebäude an der Freyung 8-9/ Renngasse 2/Tiefer Graben 1-5, zählt ohne Zweifel zu jenen Objekten, für die Spitzenmieten aufgrund seiner Lage und Ausstattung erzielt werden können.

7. zu Seite 61 - Vienna TwentyTwo

Zitat:

Die ARE Austrian Real Estate hielt 49 Prozent und die Signa Tocher (sic!) 51 Prozent an der Projektgesellschaft des Vienna TwentyTwo. Diese prozentuale Aufteilung stellte sicher, dass der Rechnungshof keine Prüfung vornehmen konnte. Mit dem Insolvenzantrag der Signa Holding brachte diese Aufteilung der Anteile größere Probleme mit sich. Hastig musste die ARE die Anteile Ende Jänner von der strauchelnden Signa übernehmen.

Stellungnahme:

Das Ausmaß der jeweiligen Beteiligung der beiden Projektpartner wurde ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Projektpartnern festgelegt.

Der Entwurf des Fraktionsberichts bleibt zudem jegliche argumentative Begründung schuldig, welche *größeren Probleme* ein bestimmtes Ausmaß der *Aufteilung der Anteile mit sich bringen* soll.

Die Verfasserin des Fraktionsberichts hatte keinerlei Einblick in die Verhandlungen zur Übernahme der Anteile, sodass offenbleibt, auf welcher empirischen Basis sie der Meinung ist, hierbei von einer *hastigen* Verpflichtung („musste übernehmen“) schreiben zu können. Fakt ist, dass in mehreren Verhandlungsrunden mit Vertretern der SIGNA und der Sanierungsverwalterin eine Einigung erzielt werden konnte und die Anteile konnten zu fairen Konditionen erworben werden.

3. Mag.^a Karin Fuhrmann

Mag.^a Karin Fuhrmann erstattete zu den Textteilen

S. 80

S. 97

S. 104-105

folgende Stellungnahme:

„ Zu Seiten 80 + 97:

Juristin

Die Feststellung Frau Karin Fuhrmann sei Juristin ist FALSCH. Karin Fuhrmann ist Betriebswirtin und Steuerberaterin.

„Signa Konstrukt-Orchestrierungen“

Karin Fuhrmann hat keine Gesellschaftsverschiebungen orchestriert, weil dies nicht Inhalt einer steuerberatenden Tätigkeit ist.

Buchhaltungsleistungen

Zusätzlich ist falsch, dass die TPA Steuerberatung GmbH resp. Karin Fuhrmann die Buchhaltung der Signa Holding führt. Die Buchhaltung wird von der Gesellschaft geführt und wurde NIE durch die TPA Steuerberatung GmbH vorgenommen.

Immobilienbewertungen

Ebenfalls ist es FALSCH, dass Karin Fuhrmann oder TPA Steuerberatung GmbH Immobilien bewertet hätten. Das wurde NIE gemacht. Hierzu waren entsprechende Sachverständige durch das Unternehmen Signa mandatiert.

Einreichung Bilanzen

Die TPA Steuerberatung GmbH resp. Karin Fuhrmann waren NICHT bei der „Nichteinreichung“ von Bilanzen behilflich. Bilanzen wurden nach entsprechender Freigabe durch die Geschäftsführer eingereicht. Wurde die Freigabe nicht erteilt, so konnte die Einreichung nicht vorgenommen werden, da ein/e Steuerberater:in immer im Auftrag des Klienten agiert.

Zu Seite 104+105:**„Signa Konstrukt-Orchestrierungen“**

Karin Fuhrmann hat keine Gesellschaftsverschiebungen orchestriert, weil dies nicht Inhalt einer steuerberatenden Tätigkeit ist.“

4. Hypo Vorarlberg Bank AG

Die Hypo Vorarlberg Bank AG erstattete zu den Textteilen

S. 77-78

folgende Stellungnahme:

„Es wird dargelegt, dass der Anteil der unbesicherten Verbindlichkeiten der Hypo Vorarlberg Bank AG (kurz: Hypo Vorarlberg) gegenüber Benkos Gesellschaften rund 61 Prozent betrug, wie die OeNB 2022 auflistete. Diese Zahl beruhte auf einem Datenproblem innerhalb der Aufsicht, was auch im COFAG-U-Ausschuss durch FMA Vorstand Dipl.-Kfm. Dr. Eduard Müller, MBA bestätigt wurde. Wie aus dem Schreiben der Hypo Vorarlberg an die FMA vom 30.11.2023 (das auch im U-Ausschuss vorlag) hervorgeht, waren sämtliche zum damaligen Zeitpunkt aushaftende Kredite besichert: Rund 70% sind durch Liegenschaften besichert, der Rest durch Geschäftsanteile.

Die Aussage dass „der Steuerzahler die Zeche begleichen muss“ ist nachweislich falsch: Auch für das Geschäftsjahr 2023 hat die Hypo Vorarlberg an die Eigentümer eine Dividende in gleicher Höhe wie 2022 ausgeschüttet.“

5. Ingbe Stiftung

Die Ingbe Stiftung erstattete zu den Textteilen

S. 66-67

S. 84-85

folgende Stellungnahme:

„Der Berichtsentwurf enthält Behauptungen rund um Vorgänge die INGBE Stiftung betreffend, welche teilweise unrichtig, verkürzt und tendenziös sind; insbesondere kam es nicht zu einer heimlichen Rückzahlung eines Kredits an die INGBE Stiftung. Überdies verkennt der Berichtsentwurf wesentliche Aspekte des (österreichischen und liechtensteinischen) Stiftungsrechts im Allgemeinen und das Wesen einer Stiftung als Zweckvermögen mit eigener Rechtspersönlichkeit im Besonderen.

Aufgrund der derzeitigen Gesamtsituation möchte die INGBE Stiftung derzeit Abstand davon nehmen, im vorliegenden Kontext detailliert auf die Behauptungen einzugehen. Daraus können und dürfen aber keinesfalls etwaige faktische oder rechtliche Rückschlüsse gezogen werden.“

6. Gerhard Lucian

Die TWP Rechtsanwälte GmbH erstattete für Gerhard Lucian zu den Textteilen

S. 41

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Die im Entwurf zitierten Aussagen sind Textpassagen, die isoliert aus Stellungnahmen von Herrn. Bgm. Gerhard Lucian entnommen wurden, die – wie dies bekanntermaßen häufig der Fall ist – ohne den Gesamtzusammenhang zwangsläufig zu **einem verzerrten, unvollständigen Inhalt und Eindruck** führen.

Vorab ist festzuhalten, dass Baubewilligungen für gewerbliche Objekte (wie dies ein Hotelbetrieb ist) grundsätzlich nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde, sondern in die **Kompetenz der Bezirkshauptmannschaft fallen**. Im Fall des Hotels „Chalet N Oberlech“ (im Folgenden kurz das „Chalet N“) war somit die Bezirkshauptmannschaft Bludenz für sämtliche Bewilligungen zur Errichtung bzw Umbau dieses Objektes zuständig und folglich als kompetente Bau- und Gewerbebehörde auch **für die Prüfung und Sicherstellung der Einhaltung der bewilligungsgemäßen Nutzung zuständig**. Ferner ist zu betonen, dass je nach Betriebskonzept eines Betreibers Beherbergungseinrichtungen in Tourismusgebieten – und insbesondere solche im Luxussegment – **regelmäßig ausschließlich Hotelgästen zur Verfügung stehen, ohne einen öffentlichen Gastronomiebereich** zu führen.

In der Gemeinde Lech wird die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben unabhängig von der jeweiligen Objekt-Widmung (Hauptwohnsitz, Ferienwohnung oder Hotel) seitens der Gemeindeverwaltung **durch einen eigenen Kontrolleur laufend überprüft**. Im Rahmen der Überprüfungen werden sowohl **Lokalausweise und Befragungen** durchgeführt als auch **Gästemeldungen, Gästetaxen und Abgaben** abgeglichen. Diese werden wiederum mit den **tatsächlichen Verbräuchen wie Wasser und Müll** verglichen und anhand dieser plausibilisiert. Darüber hinaus werden die **Anmeldungen der Mitarbeiter geprüft**, die ebenfalls Aufschluss über die Einhaltung der Betriebspflicht geben. **Die gemeindeinternen Kontrollen haben keine Hinweise auf eine vertragswidrige Nutzung des Chalet N ergeben**. Nicht indiziert und völlig unrealistisch wäre es jedoch, wenn die Gemeinde jeden einzelnen Gast eines jeden einzelnen Hotels überprüfen würde – nichts anderes hat Bgm. Lucian mit „Denunziantentum“ Einzelner gemeint. **Dieser Ausdruck wurde vollkommen sinnverzerrend der Aussage von Bgm. Lucian entnommen**.

Hinsichtlich der Einhaltung des Raumordnungsvertrages ist die Unterscheidung zwischen den Öffnungszeiten eines Hotels und dessen Gästezahlen zentral: Die Gästebelegung gibt lediglich Aufschluss darüber, **an wie vielen Tagen Gäste im Hotel gemeldet waren**. Üblicherweise öffnen Hotelbetriebe – nicht nur in Lech – bereits einige Zeit vor offiziellem Saisonbeginn und vor der Anreise des ersten Gastes; gleichermaßen schließen Beherbergungsbetriebe einige Tage nach der Abreise des letzten Gastes. Zudem ist es insbesondere im hochpreisigen Hotelsegment regelmäßig so, dass ein Hotel zwar geöffnet hat, aber nicht oder nicht vollständig belegt ist. **Die Anzahl der Tage, an denen Gäste im Chalet N gemeldet waren, sagt daher nichts über die tatsächliche Offenhaltung des Betriebs und die Einhaltung des Raumordnungsvertrages aus**.

Richtig ist, dass Herrn Bgm. Gerhard Lucian der Raumordnungsvertrag mit der LS Luxery Collection GmbH, der Betreiberin des Chalet N bis zum Jahr 2024 nicht bekannt war. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2012 durch einen Vorgänger von Bgm. Lucian abgeschlossen. Bgm. Lucian hat das Bürgermeisteramt erst im Februar 2022 übernommen, **sohin zehn Jahre nach Abschluss des Raumordnungsvertrages**.

Der Hotelbetrieb des Chalet N und die Einhaltung des Raumordnungsvertrages wurden von den zuständigen Gemeindemitarbeitern unter Aufsicht des Bürgermeisters stichprobenartig kontrolliert; da keine Beanstandungen durch diese erfolgten, gab es keine Notwendigkeit für Bgm. Lucian, hier aktiv zu werden. **Wären Bgm. Lucian Unregelmäßigkeiten des Betriebs des Chalet N zur Kenntnis gebracht worden, so hätte er selbstverständlich die erforderlichen Schritte in die Wege geleitet und Maßnahmen gesetzt**.

7. Dr.ⁱⁿ Susanne Riess-Hahn

Dr.ⁱⁿ Susanne Riess-Hahn erstattete zu den Textteilen

S. 20-21

folgende Stellungnahme:

„Der Fraktionsberichtsentswurf der Grünen (im Folgenden Fraktionsberichtsentswurf oder Bericht) verletzt mich in meinem **Persönlichkeitsrecht auf Wahrung meines (insbesondere) wirtschaftlichen Rufs**.

Im Fraktionsberichtsentswurf wird behauptet, dass die SIGNA-Aufsichtsratsmitglieder *"ihrer Kontrollfunktion nicht gerecht"* geworden wären und sie *"ihre Überwachungsfunktion nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit"* wahrgenommen hätten. Neben diese Textpassagen platziert der Bericht das Bild einer deftigen Wirtshausszene (!) und erweckt so den falschen und durch Nichts belegten Eindruck, Aufsichtsratssitzungen der SIGNA-Gesellschaften wären wie „Stammtischrunden“ abgelaufen. Mit Beidem, Wort und Bild, **unterstellt mir** der Bericht, mein **Aufsichtsratsmandat** in SIGNA-Gesellschaften **pfllichtwidrig ausgeübt** zu haben.

Seine Behauptungen leitet der Fraktionsberichtsentswurf ausschließlich daraus ab, dass Aufsichtsratssitzungen *„teilweise [...] nur zehn Minuten“* gedauert hätten. Zum Beleg dessen beruft sich der Bericht in einer bloßen Fußnote einzig und allein (!) auf eine **bloße Aussage des Journalisten** Rainer Fleckl in einem ORF-Interview.

Meine Aufsichtsrats Tätigkeit in der SIGNA Prime und der SIGNA Development war **kein Thema im COFAG-Untersuchungsausschuss**, dessen Ziel es war, die **Regierungstätigkeit der ÖVP** zu überprüfen – dementsprechend die Bezeichnung des Untersuchungsausschusses mit „Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder (COFAG-Untersuchungsausschuss)“.

Die rufschädigenden und unrichtigen Textpassagen des Fraktionsberichtsentswurfs werden daher **weder** durch das **Ergebnis des COFAG-Untersuchungsausschusses** noch durch das Ergebnis eines sonstigen **staatlichen Verfahrens** noch durch eine sonstige **objektiv nachvollziehbare Tatsache** gestützt. In das Bild passt der unangebrachte und irreführende **Titel des Fraktionsberichtsentswurfs** „Die SIGNA Pleite – Wie konnte das passieren?“. Auf ihrer Website bezeichnen die Grünen den COFAG-Untersuchungsausschuss wider besseres Wissen sogar als „Benko-U-Ausschuss“ ! Der grünen Fraktion geht es offensichtlich nicht um sorgfältige parlamentarische Aufklärung, sondern darum, in Vorwahlzeiten **politisches Kleingeld einzusammeln**. Das zeigt auch der Umstand, dass die Grünen ihren Fraktionsberichtsentswurf „am Untersuchungsausschuss vorbei“ auf ihrer Website veröffentlicht haben.

Die haltlosen Anschuldigungen des Fraktionsberichtsentswurfs sind geeignet, mein **persönliches Ansehen** und mein **wirtschaftliches Fortkommen** zu beschädigen. Damit verletzen sie jedenfalls mein **Persönlichkeitsrecht auf Wahrung des (insbesondere auch wirtschaftlichen) Rufs**.“

8. Schellhammer Capital Bank AG

Die Schellhammer Capital Bank AG erstattete zu den Textteilen

S. 78-79

S. 90-92

folgende Stellungnahme:

„Die Schellhammer Capital Bank AG teilt die im Bericht auf den Seiten 78-79 und 90-92 vorgenommen Wertungen nicht. Es besteht vielmehr der dringende Verdacht, dass Organe der Bank durch (faktische) Organe der Kreditnehmerin getäuscht wurden. Diesbezüglich ist ein Ermittlungsverfahren bei der WKStA anhängig. Die so genannten „internen E-Mails der Aufsicht“ liegen uns nicht vor und spiegeln keinesfalls die Fakten und/oder Meinung unseres Instituts wider. Offensichtlich erfolgte keine detaillierte inhaltliche Auseinandersetzung der Berichtsvfasser mit diesem Thema und wird viel mehr unreflektiert aus uns nicht vorliegenden Unterlagen zitiert.

Die Basis für eine kurzfristige Verlängerung von drei Monaten des 25 Mio. EUR Kredites am 30.6.2023 war der konsolidierte und von der KPMG testierte Jahresabschluss der Signa Prime Selection AG, der zu diesem Zeitpunkt bereits vorlag.

Die Prüfung der Bankenaufsicht war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Ein Ergebnis der Prüfung war uns daher auch noch nicht kommuniziert.

Die Aussage: „Die Schellhammer Capital hatte keine Befürchtungen bezüglich des Kredites für die Signa, Sorgen habe man sich viel mehr darüber gemacht, Benko vor den Kopf zu stoßen, sollte es nicht zu einer Verlängerung des Kredits kommen“ ist schlichtweg falsch.

Richtig ist vielmehr, dass auf Basis der vom Kreditnehmer bekanntgegeben (falschen?) Informationen kein Grund bestand sich Sorgen zu machen und das Ergebnis der Prüfung der Bankenaufsicht noch nicht vorlag. Richtig ist vielmehr auch, dass die Zahlen des konsolidierten und von der KPMG testierten Jahresabschlusses der Signa Prime Selection AG 2022 ebenfalls keinen Anlass gaben sich Sorgen um den Kredit zu machen.

Abschließend muss auf den Umstand hingewiesen werden, dass über die FMA offensichtlich ungeschwärzte Unterlagen an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses gelangt sind und in weiterer Folge auch an Medien gelangt sind; dies obwohl diese Informationen dem Bankgeheimnis unterliegen.“

9. Dr. Karl Sevelda

Dr. Karl Sevelda erstattete zu den Textteilen

S. 20-21

folgende Stellungnahme:

„Der Fraktionsberichtsentswurf der Grünen (im Folgenden Fraktionsberichtsentswurf oder Bericht) verletzt mich in meinem **Persönlichkeitsrecht auf Wahrung meines (insbesondere wirtschaftlichen) Rufs** und zudem in meinem **Recht auf rechtliches Gehör**. Im Einzelnen:

1. **Persönlichkeitsrecht auf Wahrung des wirtschaftlichen Rufs**

Im Fraktionsberichtsentswurf wird behauptet, dass die SIGNA-Aufsichtsratsmitglieder *"ihrer Kontrollfunktion nicht gerecht"* geworden wären und sie *"ihre Überwachungsfunktion nicht mit der nötigen*

Ernsthaftigkeit" wahrgenommen hätten. Neben diese Textpassagen platziert der Bericht das Bild einer deftigen Wirtshausszene (!) und erweckt so den falschen und durch Nichts belegten Eindruck, Aufsichtsratssitzungen der SIGNA-Gesellschaften wären wie "Stammtischrunden" abgelaufen. Mit Beidem, Wort und Bild, **unterstellt mir** der Bericht, mein **Aufsichtsratsmandat** in SIGNA-Gesellschaften **pflichtwidrig ausgeübt** zu haben.

Seine Behauptungen leitet der Fraktionsberichtsentswurf ausschließlich daraus ab, dass Aufsichtsratssitzungen "*teilweise [...] nur zehn Minuten*" gedauert hätten. Dazu beruft sich der Bericht in einer Fußnote einzig und allein (!) auf eine Aussage des Journalisten Rainer Fleckl in einem ORF-Interview.

Meine Aufsichtsrats Tätigkeit in der SIGNA Prime und der SIGNA Development war **kein Thema im COFAG-Untersuchungsausschuss**, dessen Ziel es war, die **Regierungstätigkeit der ÖVP** zu überprüfen – dementsprechend die Bezeichnung des Untersuchungsausschusses mit "Zwei-Klassen-Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-Regierungsmitglieder (COFAG-Untersuchungsausschuss)". Damit haben **Interna der SIGNA-Gruppe** oder die Aufsichtsrats Tätigkeit in SIGNA-Gesellschaften im Allgemeinen und **meine Tätigkeit** im Besonderen **nichts zu tun**.

Die rufschädigenden Textpassagen des Fraktionsberichtsentswurfs werden daher **weder** durch das **Ergebnis des COFAG-Untersuchungsausschusses** noch durch das Ergebnis eines sonstigen **staatlichen Verfahrens** oder eines Zivilprozesses noch durch eine sonstige **objektiv nachvollziehbare Tatsache** gestützt. In das Bild passt der **unangebrachte und irreführende Titel des Fraktionsberichtsentswurfs** "Die SIGNA Pleite – Wie konnte das passieren?". Auf ihrer Website bezeichnen die Grünen den COFAG-Untersuchungsausschuss wider besseres Wissen sogar als "Benko-U-Ausschuss" ! Der grünen Fraktion geht es offensichtlich nicht um sorgfältige parlamentarische Aufklärung, sondern darum, in Vorwahlzeiten **politisches Kleingeld einzusammeln**.

Die haltlosen Anschuldigungen des Fraktionsberichtsentswurfs, welche sich nicht aus den Ergebnissen des COFAG-Untersuchungsausschusses ableiten lassen, sind geeignet, mein **persönliches Ansehen, und mein wirtschaftliches Fortkommen** zu beschädigen. Damit verletzen sie jedenfalls **mein Persönlichkeitsrecht auf Wahrung des (insbesondere auch wirtschaftlichen) Rufs**.

2. Recht auf rechtliches Gehör

Hinzu kommt, dass ich **zu und im Zusammenhang mit den unhaltbaren Anschuldigungen** des Fraktionsberichtsentswurfs im COFAG-Untersuchungsausschuss **nie befragt** worden bin. **Ebenso wenig** wurde ich **als Auskunftsperson geladen** oder wurde mir **Gelegenheit gegeben**, auf sonstige Weise zu Ergebnissen des Untersuchungsausschusses **Stellung zu nehmen**. Mit seinen öffentlichen Anschuldigungen verletzt mich der Fraktionsberichtsentswurf auch in meinem Recht auf **rechtliches Gehör**."

10. TPA Steuerberatung GmbH

Die TPA Steuerberatung GmbH erstattete zu den Textteilen

S. 20

S. 64

S. 68-69

S. 80-81

S. 97

folgende Stellungnahme:

„Zu Seiten 20+64: Firmenbuchstrafen

Die TPA Steuerberatung GmbH hat dahingehend beraten, dass den gesetzlichen Erfordernissen Rechnung getragen wurde und für die Übernahme von Firmenbuchstrafen auch Lohnsteuer abgeführt wurde.

Zu Seite 64:

Klarstellung zur Vermeidung der Konsolidierungspflicht

Im Rahmen allgemeiner steuerlicher Beratungstätigkeiten wurde die TPA Steuerberatung GmbH auch von der SIGNA Steuerabteilung beauftragt, hinsichtlich diverser steuerlicher Spezialfragen tätig zu werden. Für deren Klärung war als Vorfrage u.a. die Thematik „Konsolidierungspflicht“ zu beleuchten.

Relevant ist die Klärung dieser Vorfrage für diverse steuerliche Bestimmungen, etwa für die Themenbereiche:

- Abzugsverbot für bestimmte Entgelte über TEUR 500
- Zinsabzugsverbot für fremdfinanzierte konzerninterne Erwerbe
- Optionsmöglichkeit internationale Schachtelbeteiligung
- Country by Country Reporting bzw. länderbezogener Bericht iSd § 3 Abs 1 VPDG

Diese Fragen waren zu monitoren, um z.B. ein allfälliges Abzugsverbot in der Steuererklärung des entsprechenden Jahres korrekt beurteilen zu können. Aus diesem Grund waren wir auch beauftragt, Überlegungen hinsichtlich steuerlicher Optimierungen innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen anzustellen.

Aus unternehmensrechtlicher und bilanzieller Sicht wurde die Thematik vom jeweils beauftragten Wirtschaftsprüfer im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses mitgeprüft.

Zu Seiten 68+69 sowie 80+81:

Signa Luxury

Zur Beantragung der COFAG-Wirtschaftshilfen der Signa ist folgendes anzumerken:

1) Mietzinsreduktion Signa Luxury Collection GmbH - Betrieb Chalet N in Zusammenhang mit Covid Förderungen:

Gemäß den Richtlinien zu den einzelnen COFAG Förderungen war der Antragsteller verpflichtet, Mietzinsreduktionen beim Bestandgeber – allenfalls auch gerichtlich – durchzusetzen. Diesem Umstand wurde seitens der Gesellschaft Rechnung getragen und in den Förderanträgen entsprechend berücksichtigt. Die Erhöhung des Mietaufwandes der Gesellschaft in den offengelegten Jahresabschlüssen erklärt sich durch die Anmietung von gewerblichen Geschäftsflächen in Deutschland, wobei die damit zusammenhängenden Aufwendungen bei der Berechnung der Fixkosten sowie der Verlusthöhen richtigerweise ausgeschieden wurden.

2) Signa Luxury Collection GmbH: Covid Förderungen Fixkostenzuschuss:

Im Auftrag der Gesellschaft wurde für die Periode 04-06/2020 ein Förderantrag Fixkostenzuschuss I eingebracht. Die Verantwortung der Richtigkeit der Berechnung des Umsatzausfalles sowie der Fixkosten liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Seitens der TPA International Steuerberatung GmbH wurden die Buchhaltungsjournale, Kontoblätter, Saldenlisten und Umsatzsteuervoranmeldungen sowie Belegstichproben für den Antrags- und Vergleichszeitraum im Detail geprüft und die berechnete Höhe des Umsatzausfalles und der Fixkosten entlang der von der Gesellschaft geführten Buchhaltung bestätigt. Seitens der Geschäftsführung wurde die Vollständigkeit und Richtigkeit in einer gesonderten Erklärung bestätigt. Die Überprüfung der Gästemeldedaten mit den Buchhaltungsaufzeichnungen war nicht Gegenstand des Prüfungsauftrages und wurde mangels Zugänglichkeit zu diesen Daten auch nicht vorgenommen. Anmerken dürfen wir, dass solche Überprüfungen im Zuge der Vorgaben zu den Prüfungshandlungen seitens der COFAG nicht gefordert waren

3) Verlustersatz II – November 2021

Im Auftrag der Gesellschaft wurde für die Periode November 2021 ein Förderantrag Verlustersatz II eingebracht. Der Hotelbetrieb war vom 2.11.2021 bis zum 6.12.2021 von einem gesetzlichen Betretungsverbot (Lockdown II) betroffen. Die Verantwortung der Richtigkeit der Berechnung des Umsatzausfalles sowie des Verlustes liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Seitens der TPA Steuerberatung GmbH wurden die Buchhaltungsjournale, Saldenlisten und Umsatzsteuervoranmeldungen für den Antragszeitraum im Detail geprüft und die berechnete Höhe des Umsatzausfalles und der Verlusthöhe entlang der von der Gesellschaft geführten Buchhaltung bestätigt und eine entsprechende Bestätigung der Geschäftsführung über die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben eingeholt. Aufgrund des gesetzlichen Betretungsverbotes für den vorgenannte Zeitraum waren die Buchhaltungsaufzeichnungen zu den erzielten Umsatzerlösen als plausibel einzustufen. Die Überprüfung der Gästemeldedaten mit den Buchhaltungsaufzeichnungen war nicht Gegenstand des

Prüfungsauftrages und wurde mangels Zugänglichkeit zu diesen Daten auch nicht vorgenommen. Anmerken dürfen wir, dass solche Überprüfungen im Zuge der Vorgaben zu den Prüfungshandlungen seitens der COFAG nicht gefordert waren. Die Finanzverwaltung hat sämtliche Angaben der Gesellschaft sowie die gutachterliche Stellungnahme der TPA Steuerberatung GmbH vor Auszahlung der Förderung geprüft und ein entsprechendes Ergänzungsgutachten erstellt.

Zu Seite 80:

Commerzialbank & Wirecard

Weder die Commerzialbank Mattersburg noch die Wirecard Central Eastern Europe GmbH wurden von der TPA Steuerberatung GmbH jemals steuerrechtlich beraten oder geprüft. Die damalige – unter der Marke „TPA“ tätige – TPA Wirtschaftsprüfung GmbH war, wie den Medien zu entnehmen war, der Wirtschaftsprüfer der Bank sowie in Graz der Wirtschaftsprüfer der Wirecard Österreich-Tochter, die durch die Insolvenz des Wirecard Mutterkonzerns ebenfalls insolvent wurde.

Durch Einsicht in das Firmenbuch kann einfach festgestellt werden, dass es keine gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen mit der TPA Steuerberatung GmbH gibt.

Buchhaltungsleistungen

Zusätzlich ist falsch, dass die TPA Steuerberatung GmbH die Buchhaltung der Signa Holding führt. Die Buchhaltung wird von der Gesellschaft geführt und wurde NIE durch die TPA Steuerberatung GmbH vorgenommen.

Immobilienbewertungen

Ebenfalls ist es FALSCH, dass Karin Fuhrmann oder TPA Steuerberatung GmbH Immobilien bewertet hätten. Das wurde NIE gemacht. Hierzu waren entsprechende Sachverständige durch das Unternehmen Signa mandatiert.

Einreichung Bilanzen

Die TPA Steuerberatung GmbH war NICHT bei der Nichteinreichung von Bilanzen behilflich. Bilanzen wurden nach entsprechender Freigabe durch die Geschäftsführer eingereicht. Wurde die Freigabe nicht erteilt, so konnte die Einreichung nicht vorgenommen werden, da ein/e Steuerberater:in immer im Auftrag des Klienten agiert.

Zu Seite 87:

Die TPA Steuerberatung GmbH weist strikt zurück, ihren Geldwäscheverpflichtungen NICHT nachgekommen zu sein. Ebenfalls wird strikt zurückzuweisen, dass die geleistete steuerliche Beratung der TPA Steuerberatung GmbH nicht im Rahmen der geltenden Rechtslage erfolgt wäre.“

Nachträglich eingelangte Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der NEOS

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder
(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)
(2670 d.B.)**

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA (Hervorhebungen jeweils im Original)**1. René Benko**

René Benko erstattete zu den Textteilen

S. 3 (Vorwort),

S. 6-7 (Vorwort)

und

S. 14-34

folgende Stellungnahme:

„Die Darstellungen im Fraktionsbericht der NEOS sind in weiten Bereichen unrichtig und stehen wiederholt mit dem Akteninhalt in Widerspruch. Von der Darstellung abweichende Beweisergebnisse werden entweder gar nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt. Aufgrund von laufenden Ermittlungsverfahren ist es dem Einschreiter nicht möglich, zu den Ausführungen im Fraktionsbericht der NEOS im Detail Stellung zu nehmen. Aus dem Unterbleiben einer Stellungnahme können jedoch keine wie immer gearteten rechtlichen oder sachverhaltsmäßigen Rückschlüsse gezogen werden.“

2. Mag. Alexander Höferl

Mag. Alexander Höferl erstattete zu den Textteilen

S. 38 bis 39

folgende Stellungnahme:

„Folgende Passagen sind falsch:

„In Kickls Kabinett genehmigte er unter anderem auch Inserate für sein altes Medium „unzensuriert.at“, wie seine Befragung im U-Ausschuss zeigte.“

„Trotz der engen Verzahnung sah Höferl kein Problem bei der Kooperation des FPÖ-Innenministeriums mit dem FPÖ-nahen Medium „unzensuriert.at“.“

Wahr ist, dass das Innenministerium unter Herbert Kickl kein einziges Inserat im Medium „unzensuriert.at“ schaltete und die Auskunftsperson somit auch keines genehmigen konnte. Darüber hinaus war die Genehmigung von Inseraten, wie Höferl ebenfalls ausführte, nicht seine Aufgabe, sondern erfolgte nach Prüfung des Angebots durch die Kommunikationsabteilung in Zusammenarbeit mit der

Vergabeabteilung.

3. Hans-Jörg Jenewein, MA

Hans-Jörg Jenewein, MA erstattete zu den Textteilen

S. 12 (Vorwort),

S. 50,

S. 52 bis 55

und

S 60

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Bis zum heutigen Tag gibt es weder Hinweise noch belastbare Beweise dafür, dass „vertrauliche Informationen“ oder gar „Staatsgeheimnisse“ von mir an Egisto Ott weitergegeben wurden. Ich weise diese Unterstellung auf das Schärfste zurück.

Die Beweislose Unterstellung, wonach ich Egisto Ott eine Stelle in einem neuen „Geheim-Geheimdienst“ im Kneissl-Ministerium (was immer das auch gewesen sein soll) angeboten haben soll, ist ein falscher Vorhalt und zurückzuweisen. So ein Angebot hat es nicht gegeben, zudem war ich auch niemals in irgendwelche Pläne involviert – so es sie überhaupt gegeben hat – einen „Geheimdienst“ im Kneissl-Ministerium aufzubauen. Außerdem stelle ich fest, dass es in Österreich überhaupt keinen „Geheimdienst“ gibt. Die österreichischen Dienste sind allesamt Nachrichtendienste. Egisto Ott hat mir niemals einen Job bei Wire-Card angeboten. Diese Darstellung ist ebenfalls falsch, als „Beweis“ für diese Behauptung wurde ein selbst lancierter Medienartikel angeführt.

Der Rubicon-Vertrag war während des BVT-U-Ausschusses ein ständiger Zankapfel, da das Zustandekommen eben dieses Vertrages mehr Fragen aufgeworfen hat, als von den Auskunftspersonen beantwortet werden konnten, zumal „ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen einem Rubicon-Mitgründer und dem ehemaligen Kabinettschef im BMI, Michael Kloibmüller, gegen den damals ebenfalls ermittelt wurde, bestand. Bis zum Ende des U-Ausschusses wurde dieser Vertrag – obwohl angefordert – nicht an das Parlament geliefert. Zum Hinweis, dass es sich durchwegs „um sensible Daten“ handelte ist festzuhalten, dass all die betroffenen Akten dem U-Ausschuss in Stufe 1 und 2 des InfOG zu Verfügung standen.

Zur Unterstellung, wonach ich mit einem „russischen Spion verbandelt“ war stelle ich fest, dass sich Herr Ott mir gegenüber niemals als „russischer Spion“ zu erkennen gegeben hat. Dementsprechend halte ich

die Insinuation, wonach ich einen russischen Spion mit Informationen versorgt haben soll, als grob ehrenrührig.

4. BM a.D. Mag. Dr. Harald Mahrer

BM a.D. Mag. Dr. Harald Mahrer erstattete zur

S. 36

folgende Stellungnahme:

„Wie sich aus dem auf S. 36 in der FN 60 bezogenen Stenographischen Protokoll (158. Sitzung des Nationalrats vom 19. Mai 2022 der XXVII. Gesetzgebungsperiode, S. 126 - https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/158/A_-_15_02_00_00267966.html) ergibt, richtet sich der auf S. 36 des Fraktionsberichtsentswurfs der NEOS wiedergegebene Vorwurf des Abgeordneten Hafenecker, dass Herr Mahrer damit geworben habe, dass es ein absolut sicheres Investment sei, wenn man in einer bestimmten Zeitschrift investiere und dort Inserate schaltete, und auf der anderen Seite auch sichergestellt sei, dass man vollen redaktionellen Zugriff habe, gegen den ehemaligen Landespolizeikommandanten für Wien und heutigen nicht amtsführenden Stadtrat von Wien Karl Mahrer. Das sollte präzisierend im Bericht hervorgehoben werden, um das Entstehen von Missverständnissen und Verwechslungen mit anderen Personen mit gleichem Familiennamen auszuschließen.“

5. Dr. Johannes Peterlik

Dr. Johannes Peterlik erstattete zur

S. 12 (Vorwort)

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Die zitierten Textteile, wonach ich als designierter Generalsekretär im Außenministerium fünf Referate für einen russlandfreundlichen Geheimdienst im Außenministerium geplant haben soll, sind unrichtig, grundsätzlich ehrenbeleidigend und kreditschädigend. Durch die Erwähnung meines Namens wird für den Leser überdies der unrichtige Eindruck erweckt, ich wäre in diese Pläne eingebunden gewesen und hätte daran mitgewirkt oder dies auch nur versucht.

Dem ggst. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss lag offenbar ein Vermittlungsamt vor, in dem die Ermittler von einer falschen Tatsachengrundlage ausgegangen sind, auf die ich gegenüber den Ermittlungsbehörden bereits mehrmals hingewiesen habe. Aus dem Akt geht deutlich hervor, dass nicht

auf meinem Mobiltelefon, sondern Zitat: „auf dem Mobiltelefon von OTT eine Nachricht (Screenshot) vorgefunden wurde, in der vermutlich OTT einer noch unbekannten (dritten) Person schreibt“ und meinen Namen erwähnt. Im gleichen Akt findet sich das zitierte „Organigramm“, das ebenfalls auf dem Mobiltelefon von Egisto OTT – und nicht auf meinem Mobiltelefon – gefunden wurde, sowie ein Celebrite Datenauszug zu besagtem Screenshot von Herrn OTT aus dem hervorgeht, dass der Screenshot am 18. April 2018 erstellt wurde. Hinsichtlich meiner Datenträger stellen die Ermittlungsbehörden nach umfassender forensischer Untersuchung in dem Abschlussbericht hingegen ausdrücklich fest, Zitat: „dass sich auf den bei Dr. Johannes Peterlik sichergestellten Geräten keine Rückschlüsse auf den gegenständlichen Zeitraum bzw. allfälligen bezughabende Dateien ergaben.“

Ich habe nie Handlungen gesetzt oder Aufträge erteilt, einen Geheimdienst im Außenministerium zu etablieren, Gegenteiliges ergibt sich weder aus den Ermittlungsakten, noch aus den Akten aus dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Die Nachricht zweier Dritter, in denen mein Name erwähnt wird und allfällige Pläner Dritter gewälzt werden, kann man nicht mir zurechnen.

Ich wurde auch erst am 23. Mai 2028 zum Generalsekretär im Außenministerium „designiert“ (vgl. <https://www.bmeia.gv.at/ministerium/presse/aktuelles/2018/05/aussenministerin-karin-kneissl-bestellt-mit-1-juni-2018-neuen-generalsekretaer-im-aussenministerium>). Woher jemand bereits am 18. April 2018 (also mehr als einen Monat früher) wissen sollte, dass ich einen Monat später designiert werde, erschließt sich mir nicht. Zumal ich in diese Funktion gem. § 7 Abs. 11 BMG berufen wurde und es dafür keines vorgelagerten Ausschreibungsverfahrens bedarf.

Die ohne jedes Tatsachensubstrat erhobene Behauptung, ich hätte fünf Referate für einen russlandfreundlichen Geheimdienst im Außenministerium geplant sind grundsätzlich ehrenbeleidigend und kreditschädigend (§ 111 StGB; § 1330 ABGB) und begründen auch medienrechtliche Ansprüche (§ 6 ff MedienG).

Die oben angeführten falschen Behauptungen haben für mich und meine Familie bereits jetzt einen enormen Schaden bewirkt, zumal auch Abgeordnete zum Nationalrat, die strafrechtliche Immunität genießen, diese haltlose Behauptung übernommen und öffentlich weiterverbreitet haben.

Ich behalte mir bei einer Veröffentlichung meines Namens im Zusammenhang mit dieser Textpassage weitergehende schadenersatzrechtliche und/oder auch medienrechtliche Ansprüche ausdrücklich vor.

6. Sozialdemokratische Partei Österreichs (Bundespartei SPÖ)

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs erstattete zu den Textteilen

S. 9 (Vorwort)

S. 12 (Vorwort)

und

S. 40

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Die Neos geben in ihrem Fraktionsbericht eine bereits widerlegte Behauptung wieder, wonach „die SPÖ in eine eigene Beinschab-Causa verwickelt“ sei. Dazu wird ein Faksimile eines Zeitungsartikels abgebildet, wonach die WKSTA diesbezüglich ermittle. Dies ist falsch und irreführend. Vielmehr ist wahr, dass Sabine Beinschab in ihrer Beschuldigtenvernehmung lediglich auf entsprechende Behauptungen von Sophie Karmasin verwies, die Beinschab aber nicht belegen konnte und auch angab, dazu keine eigenen Wahrnehmungen zu haben. Die weiteren Erkundungen durch die Staatsanwaltschaft zu dieser Behauptung führten rasch zur Einstellung sämtlicher in diesem Zusammenhang geführter Verfahren mangels jeglichen Verdachts. Die Einstellungen waren auch Thema im Ausschuss.

7. Michael Takacs, BA MA MSc

Michael Takacs, BA MA MSc erstattete zu den Textteilen

S. 64

bis

S. 65

folgende Stellungnahme:

„Die durch den NEOS Fraktionsbericht in den Raum gestellten Behauptungen betreffend die Vorgehensweise zur Wiederherstellung der „Firmengeräte“ sind unrichtig und weise ich entschieden zurück. Ich fragte nicht inoffiziell bei Gruppeninspektor A.H. an, vielmehr handelte es sich um eine offizielle Anfrage, ob dieser die Daten wiederherstellen könne. Ich erteilte A.H. in dessen dienstlicher Funktion als Handy Forensiker im BVT den offiziellen Auftrag, die Inhalte wiederherzustellen. Auch das in der Aussage des ehemaligen BVT-Direktors Mag. Gridling suggerierte Nah- bzw. Freundschaftsverhältnis zwischen A.H. und mir ist falsch. Es stimmt, dass mir GrInsp A.H. bekannt war, so wie viele andere Polizistinnen und Polizisten. Es stimmt auch nicht, dass ich dabei nicht den Dienstweg eingehalten hätte, da dieser nur „bottom up“ vorgesehen ist und somit eine Einbindung des damaligen BVT-Chefs nicht vorgesehen war. Weiters will ich richtigstellen, dass, nachdem die Inhalte nicht wiederhergestellt werden konnten, nicht ich den A.H. bat, die Geräte zu vernichten, sondern dieser mir das Angebot zur Vernichtung unterbreitete.“

8. 1848 Medienvielfalt Verlags GmbH (Unzensuriert)

Die 1848 Medienvielfalt Verlags GmbH (Unzensuriert) erstattete zu den Textteilen

S. 9 (Vorwort)

und

S. 38-39

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Im Bericht wird „unzensuriert.at“ als rechtsextremes Medium bezeichnet und weiters, dass Alexander Höferl für „unzensuriert.at“ Inserate genehmigt hat. Auch eine Kooperation zwischen dem Innenministerium mit „unzensuriert.at“ wird behauptet.

Tatsache ist:

unzensuriert.at ist kein rechtsextremes Medium. Diese Behauptung ist eine rein politisch motivierte Feststellung ohne Tatsachensubstrat. Das Innenministerium hat kein einziges Inserat bei „unzensuriert.at“ beauftragt. Es gab keinerlei Kooperation zwischen Innenministerium und „unzensuriert.at“

